

Stenographisches Protokoll.

87. Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung der Republik Österreich.

Dienstag, den 8. Juni 1920.

Tagesordnung: 1. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Anträge der Abgeordneten Allina, Forstner, Hölzl, Ulrich und Genossen (590 der Beilagen), und der Abgeordneten Schönsteiner, Steinegger und Genossen (607 der Beilagen) auf Sicherung des Dienstverhältnisses der invaliden Staatsangestellten Österreichs (839 der Beilagen). — 2. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Antrag der Abgeordneten Hollersbacher, Dr. Anton Maier, Luttenberger, Kocher, Klug, Fischer und Genossen (832 der Beilagen), betreffend die Belieferung mit Salz (849 der Beilagen). — 3. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Vorlage der Staatsregierung (757 der Beilagen), betreffend die Schaffung einer Staatskommission für Rennangelegenheiten und einschlägige Zuchtfragen (847 der Beilagen). — 4. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag der Abgeordneten Weigl, Höchtel, Buchinger, Diwald und Genossen (616 der Beilagen), betreffend die Versorgung der Landwirtschaft mit künstlichen Düngemitteln (810 der Beilagen). — 5. Bericht des Ausschusses für Erziehung und Unterricht über die Anträge des Abgeordneten Th. Schlesinger, und Genossen betreffend die Zulassung weiblicher Schüler zu den Unterrichtsanstalten aller Kategorien (211 der Beilagen) und der Abgeordneten Dr. Angerer, Pauly und Genossen (309 der Beilagen), betreffend die Errichtung und Ausgestaltung der Mädchenmittelschulen (699 der Beilagen). — 6. Bericht des Ausschusses für Erziehung und Unterricht über den Antrag der Abgeordneten Frau Dr. Burjan und Genossen (196 der Beilagen), betreffend Schaffung weiblicher Referentenstellen im Staatsamte für Inneres und Unterricht (687 der Beilagen).

Inhalt.

Personalien.

Abwesenheitsanzeigen (Seite 2881).

Urlaubsbewilligung (Seite 2881).

Angelobung des an Stelle des ausgeschiedenen Mitgliedes der Nationalversammlung Dr. Michael Schacherl einberufenen Abgeordneten Josef Hartmann (Seite 2881).

Zuschriften der Staatsregierung.

1. Zuschrift des Staatssekretärs für Finanzen, betreffend den Bericht über die im ersten Vierteljahr 1920 übernommenen finanziellen Garantien (859 der Beilagen [Seite 2881]) — Zuweisung der Vorlage an den Finanz- und Budgetausschuß [Seite 2881];

2. Zuschrift der Staatskanzlei, mit der eine auf Grund des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes im letzten Berichtsvierteljahr erlassene Vollzugsanweisung nachträglich vorgelegt wird [(Seite 2881) — Zuweisung an den zuständigen Ausschuß (Seite 2881)];
3. betreffend den Gesetzentwurf, betreffend die Ausübung der Strafgerichtsbarkeit über die Heeresangehörigen im Frieden (853 der Beilagen [Seite 2882]);
4. betreffend den Gesetzentwurf über die Unterstellung der aktiven Heeresangehörigen unter die allgemeinen Strafgesetze (854 der Beilagen [Seite 2882]);
5. betreffend den Gesetzentwurf über Änderungen des Gesetzes vom 26. Dezember 1895, R. G. Bl. Nr. 197, betreffend das Urheberrecht an Werken der Literatur, Kunst und Photographie (855 der Beilagen [Seite 2882]);
6. betreffend den Gesetzentwurf über die Übernahme von Angestellten der Militärjustiz in den Ziviljustizdienst (858 der Beilagen [Seite 2882]);
7. betreffend den Gesetzentwurf, betreffend den Gewerbeantritt durch berufswechselnde Militärpersonen (856 der Beilagen [Seite 2882]);
8. betreffend den Gesetzentwurf über Maßnahmen für die Behandlung ehemals österreichischer Zivilstaats- (Staatsbahn)angestellter aus Anlaß ihrer Übernahme in den Dienst der Republik Österreich (857 der Beilagen [Seite 2882]).

Komitee zur Überwachung der wirtschaftlichen Demobilisierung.

Mitteilung des Präsidenten Dr. Dinghofer, betreffend die Niederlegung der Mandate als Mitglieder dieses Komitees seitens der Abgeordneten Dr. Otto Bauer und Tusch (Seite 2899).

Ersatzwahl der Abgeordneten Schneidmahl und Hohenberg als Mitglieder dieses Komitees an Stelle der ausgeschiedenen Mitglieder Dr. Otto Bauer und Tusch (Seite 2900).

Untersuchungskommission für die Sachdemobilisierung.

Mitteilung des Präsidenten Dr. Dinghofer, betreffend die Niederlegung des Mandates als Mitglied dieser Kommission seitens des Abgeordneten Rittinger (Seite 2899).

Ersatzwahl des Abgeordneten Dr. Schürff als Mitglied dieser Kommission an Stelle des ausgeschiedenen Mitgliedes Rittinger (Seite 2900).

Verhandlungen.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Anträge der Abgeordneten Allina, Forstner, Hölzl, Ulrich und Genossen (590 der Beilagen) und der Abgeordneten Schönsteiner, Steinegger und Genossen (607 der Beilagen) auf Sicherung des Dienstverhältnisses der invaliden Staatsangestellten Österreichs (839 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Allina [Seite 2892] — Annahme des Antrages des Finanz- und Budgetausschusses [Seite 2893]).

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Antrag der Abgeordneten Hollersbacher, Dr. Anton Maier, Littenberger, Kocher, Kling, Fischer und Genossen (832 der Beilagen), betreffend die Belieferung mit Salz (849 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Dr. Weiskirchner [Seite 2893 und 2894], Abgeordneter Hollersbacher [Seite 2893] — Annahme des Antrages des Finanz- und Budgetausschusses [Seite 2894]).

Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Vorlage der Staatsregierung (757 der Beilagen), betreffend die Schaffung einer Staatskommission für Nennangelegenheiten und einschlägige Buchfragen (847 der Beilagen) — Redner: Berichterstatter Buchinger [Seite 2894] — Annahme des Gesetzes in zweiter und dritter Lesung [Seite 2895]).

Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag Weigl, Höchtl, Buchinger, Diwald und Genossen (616 der Beilagen), betreffend die Versorgung der Landwirtschaft mit künstlichen Düngemitteln (810 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Födermayer [Seite 2895], die Abgeordneten Diwald [Seite 2897], Weigl [Seite 2898] — Annahme des Antrages des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft [Seite 2899]).

Dringliche Anfrage

der Abgeordneten Muchitsch, Dr. Adler und Genossen an den Staatssekretär für Inneres und Unterricht, betreffend die blutigen Vorfälle in Graz (Redner: Abgeordneter Muchitsch [Seite 2883], Staatssekretär für Inneres und Unterricht Ederich [Seite 2885 und 2891], die Abgeordneten Dr. Alfred Gürtler [Seite 2887], Dr. Otto Bauer [Seite 2888], Dr. Simpl [Seite 2889]).

Ausschüsse.

Mitteilung des Präsidenten, betreffend die Wahl des Abgeordneten Lenz zum Schriftführer des Ausschusses für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten (Seite 2881).

Mitteilung des Präsidenten Dr. Dinghofer, betreffend die Niederlegung des Mandates als Mitglied des

Justizauschusses seitens des Abgeordneten Schönsteiner (Seite 2899).

Eriahwahl des Abgeordneten Heint als Mitglied des Justizauschusses an Stelle des ausgetretenen Abgeordneten Schönsteiner (Seite 2900).

Verzeichnis

der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen:

Anträge

1. der Abgeordneten Spalowsky, Fischer, Steingegger, Schneider und Genossen, auf Schaffung eines Gesetzes über Arbeiterschiedsgerichte (863 der Beilagen);
2. der Abgeordneten Weiß, Wiesmaier, Pischitz und Genossen, in Notstandsangelegenheiten (864 der Beilagen);
3. der Abgeordneten Scharfegger, Paulitsch und Genossen, betreffend die Zuweisung von Saatgetreide an die durch Hagelschlag geschädigten Besitzer der Gemeinden Obermühlbach, St. Veit und Kraig (865 der Beilagen);
4. der Abgeordneten Hauser, J. Görtler, Tragler und Genossen, betreffend die Zuweisung von Saat-

getreide an die durch Hagelschlag geschädigten Besitzer des politischen Bezirkes Freistadt (866 der Beilagen).

Anfragen

1. der Abgeordneten Partik, Kollmann, Heint und Genossen an den Staatssekretär für Finanzen, betreffend die Anforderung von Geschäftslokalen der ehemaligen Trafikinhaver (Anhang I, 364 I);
2. des Abgeordneten Gruber und Genossen an den Staatskanzler, betreffend die Verhaftung des Wirtschaftsbefizers Johann Eder aus Leitha-Brodersdorf durch die ungarischen Besatzungstruppen (Anhang I, 365 I);
3. des Abgeordneten Friedmann und Genossen an den Staatssekretär für Heereswesen, betreffend die Gründung des „Militärverbandes der Republik Österreich“ (Anhang I, 366 I).

Zur Verteilung gelangen am 8. Juni 1920:

die Regierungsvorlagen 851, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859 und 860 der Beilagen;

der Bericht des Finanzausschusses 861 der Beilagen;

die Anfragebeantwortungen 148, 149, 150, 151 und 152;

die Anträge 842, 843, 844, 845, 846, 850 und 852 der Beilagen.

Beginn der Sitzung: 3 Uhr 25 Minuten nachmittags.

Vorsitzende: Präsident **Seitz**, zweiter Präsident **Hausner**, dritter Präsident Dr. **Dinghofer**.

Schriftführer: Dr. **Gimpl**, **Forstner**.

Staatskanzler Dr. **Renner**.

Vizekanzler **Fink**.

Staatssekretäre: **Eldersich** für Inneres und Unterricht, Dr. **Ramek** für Justiz, Dr. **Deutsch** für Heereswesen, Dr. **Reisch** für Finanzen, **Böckler** für Land- und Forstwirtschaft, Ingenieur **Berdik** für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, **Hanusch** für soziale Verwaltung, Dr. **Ellenbogen**, Dr. **Mayr**.

Unterstaatssekretäre: **Miklas** im Staatsamte für Inneres und Unterricht, Dr. **Eisler** im Staatsamte für Justiz, Dr. **Waiz** im Staatsamte für Heereswesen, Dr. **Reisch** und Dr. **Tandler** im Staatsamte für soziale Verwaltung.

Auf der Bank der Regierungsvertreter: Sektionschef Dr. **Binder** vom Staatsamte für Land- und Forstwirtschaft.

Präsident: Ich eröffne die Sitzung.

Die Protokolle der Sitzungen vom 19. und 20. Mai d. J. sind in der Kanzlei zur Einsicht für die Mitglieder aufgelegt, sie sind unbeanstandet geblieben und gelten daher als genehmigt.

Der Herr Abgeordnete Witternigg hat sich krank gemeldet.

Die Abgeordnete Frau Popp hat sich mit wichtigen Abhaltungen entschuldigt.

Der Ersatzmann des Herrn Abgeordneten Dr. Schacherl, der Herr Abgeordnete Josef Hartmann, ist zum erstenmal im Hause erschienen und wird die Angelobung leisten.

Ich ersuche den Herrn Schriftführer, die Angelobungsformel zu verlesen.

(Schriftführer Forstner verliest die Angelobungsformel. — Abgeordneter Josef Hartmann leistet die Angelobung.)

Dem Herrn Abgeordneten Klug habe ich einen vierzehntägigen Urlaub erteilt.

Der Ausschuss für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten hat den Herrn Abgeordneten Lenz zum Schriftführer gewählt.

Es ist eine Zuschrift des Herrn Staatssekretärs für Finanzen eingelangt, mit der im Sinne des Gesetzes vom 20. Dezember 1919, St. G. Bl. Nr. 608, der Bericht über die im ersten Vierteljahr 1920 übernommenen finanziellen Garantien erstattet wird.

Diese Zuschrift und ihre Anlagen wurden in Druck gelegt (859 der Beilagen) und verteilt.

Ich weise diese Vorlage dem Finanz- und Budgetausschusse zu.

Es ist eine Zuschrift der Staatskanzlei eingelangt, mit der eine auf Grund des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes im letzten Berichtsvierteljahr erlassene Vollzugsanweisung nachträglich vorgelegt wird. Ich ersuche um Verlesung der Zuschrift.

Schriftführer **Forstner** (liest):

„Die Staatskanzlei beehrt sich, namens der Staatsregierung im Nachhang zu ihrem Vorlagebericht vom 19. Mai 1920, Z. 127/22 St. K., bekannt zu geben, daß im letzten Berichtsquartal auf Grund des wirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes auch die Vollzugsanweisung der Staatsregierung über die Einführung der Sommerzeit im Jahre 1920, St. G. Bl. Nr. 107, erlassen wurde. Da die Vorlage dieser Vollzugsanweisung versehentlich unterblieben ist, beehrt sich die Staatskanzlei, in der Anlage zwei Exemplare dieser Vollzugsanweisung nachträglich vorzulegen.

Wien, 29. Mai 1920.

Renner.“

Präsident: Die Zuweisung wird gleichzeitig mit den übrigen in dem letzten Berichtsvierteljahre erlassenen Vollzugsanweisungen erfolgen.

Es sind Zuschriften eingelangt, mit denen die Einbringung von Vorlagen der Staatsregierung angekündigt wird.

Ich ersuche um Verlesung dieser Zuschriften.

Schriftführer **Forstner** (liest):

„Das Staatsamt für Justiz beehrt sich, mit Berufung auf die Zustimmung des Kabinettsrates (Sitzung vom 18. Mai 1920) die Entwürfe zu den Gesetzen, „betreffend die Ausübung der Strafgerichtsbarkeit über die Heeresangehörigen im Frieden“ (853 der Beilagen) und „über die Unterstellung der aktiven Heeresangehörigen unter die allgemeinen Strafgesetze“ (854 der Beilagen), in je vier Abdrücken zur verfassungsmäßigen Behandlung zu übersenden.

Wien, 20. Mai 1920.

Kam. et.“

„Auf Grund der Genehmigung des Kabinettsrates vom 18. Mai 1920 beehrt sich das Staatsamt für Justiz den Entwurf eines Gesetzes über die Übernahme der Angestellten der Militärjustiz in den Ziviljustizdienst (858 der Beilagen) mit dem Ersuchen zu übersenden, ihn der verfassungsmäßigen Behandlung durch die Nationalversammlung im Verein mit den bereits eingebrachten zwei Gesetzentwürfen, betreffend die Ausübung der Strafgerichtsbarkeit über die Heeresangehörigen im Frieden und über die Unterstellung der aktiven Heeresangehörigen unter die allgemeinen Strafgesetze, zuführen zu wollen.

Wien, 31. Mai 1920.

Kam. et.“

„Das Staatsamt für Justiz beehrt sich, auf Grund Kabinettsratsbeschlusses vom 21. Mai 1920 den beiliegenden Entwurf eines Gesetzes über Änderungen des Gesetzes vom 26. Dezember 1895, R. G. Bl. Nr. 197, betreffend das Urheberrecht an Werken der Literatur, Kunst und Photographie (855 der Beilagen), mit dem Ersuchen zu übersenden, ihn als Regierungsvorlage der verfassungsmäßigen Behandlung zuzuführen.

Wien, 22. Mai 1920.

Der Unterstaatssekretär in Vertretung des
Staatssekretärs:

Gisler.“

„Auf Grund des in der Sitzung des Kabinettsrates vom 11. Mai 1920 gefaßten Beschlusses beehre ich mich, den zuliegenden Entwurf eines Gesetzes, betreffend den Gewerbeantritt durch berufswechselnde Militärpersonen (856 der Beilagen) als Vorlage der Staats-

regierung behufs verfassungsmäßiger Behandlung einzubringen.

Wien, 21. Mai 1920.

Der Staatssekretär:

Jerdik.“

„Die Staatskanzlei beehrt sich namens der Staatsregierung, in der Anlage die Regierungsvorlage, betreffend ein Gesetz über Maßnahmen für die Behandlung ehemals österreichischer Zivilstaats-(Staatsbahn-)Angestellter aus Anlaß ihrer Übernahme in den Dienst der Republik Österreich (857 der Beilagen) samt Begründung mit dem Ersuchen zu übermitteln, diese Regierungsvorlage ehestens der parlamentarischen Behandlung zuführen zu wollen.

Wien, 27. Mai 1920.

Renner.“

Präsident: Wenn bis zum Schlusse der nächsten Sitzung kein Begehren nach § 35, G. D. auf Vornahme einer ersten Lesung gestellt wird, werde ich diese Vorlagen folgendermaßen zuweisen:

Das Gesetz, betreffend die Ausübung der Strafgerichtsbarkeit über Heeresangehörige im Frieden (853 der Beilagen), das Gesetz, betreffend die Unterstellung der aktiven Heeresangehörigen unter die allgemeinen Strafgesetze (854 der Beilagen), das Gesetz, betreffend Übernahme der Angestellten der Militärjustiz in den Ziviljustizdienst (858 der Beilagen) und das Gesetz, betreffend Änderung des Gesetzes über das Urheberrecht an Werken der Literatur, Kunst und Photographie (855 der Beilagen) dem Justizausschusse; das Gesetz, betreffend Gewerbeantritt durch berufswechselnde Militärpersonen (856 der Beilagen), dem Ausschusse für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten; das Gesetz betreffend Maßnahmen für die Behandlung ehemals österreichischer Zivilstaats-(Staatsbahn-)angestellter aus Anlaß ihrer Übernahme in den Dienst der Republik Österreich (857 der Beilagen) dem Finanz- und Budgetausschusse.

Die Abgeordneten Hans Muchitsch, Dr. Friedrich Adler und Genossen haben eine dringliche Anfrage gemäß § 65 der Geschäftsordnung überreicht. Ich ersuche um deren Verlesung.

Schriftführer **Forstner** (liest):

„Dringliche Anfrage der Abgeordneten Hans Muchitsch, Friedrich Adler und Genossen an den Herrn Staatssekretär für

Inneres und Unterricht über die Vorfälle in Graz.

Aus Anlaß der blutigen Vorgänge in Graz stellen die Gefertigten an den Herrn Staatssekretär für Inneres und Unterricht die Fragen:

„1. Ist der Herr Staatssekretär bereit, der Nationalversammlung sofort Mitteilungen über die Ursache zu machen, die zu dem furchtbaren Blutvergießen in Graz geführt haben;

2. ist er ferner bereit, unverzüglich eine objektive Untersuchung der blutigen Vorfälle in Graz einzuleiten und die strengste Bestrafung aller Organe, die durch grundlosen Waffengebrauch den Tod so vieler Menschen verschuldet haben, herbeizuführen?“

Die Gefertigten beantragen die dringliche Behandlung dieser Anfrage im Sinne des § 65 der Geschäftsordnung.

Wien, 8. Juni 1920.

	H. Muchitsch.
Ebner.	F. Adler.
Regner.	Rud. Schlager.
Hafner.	Hartmann.
Lenz.	Wizany.
Schlesinger.	Frene Spommer.
F. Skaret.	Weiser.
W. Scheibin.	Dannreder.
Zwanzger.	H. Ulrich.

Präsident: Diese Anfrage ist gemäß § 65 der Geschäftsordnung mit der notwendigen Zahl von Unterschriften versehen. Ich werde daher über den Antrag auf sofortige Behandlung dieser Frage abstimmen lassen. Ich bitte die Plätze einzunehmen.

Ich ersuche jene Abgeordneten, die dem Antrage auf sofortige Behandlung dieser Anfrage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschlecht.) Der Antrag ist genehmigt. Wir treten daher sofort in die Verhandlung ein.

Zunächst wünscht der Anfragesteller Herr Abgeordneter Muchitsch das Wort. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Muchitsch: Hohes Haus! In unserem Lande haben heuer die Kirschen geblüht wie nie. Ein Kirschenreichtum ist in allen Obstegegenden unseres Landes zu verzeichnen, wie nie zuvor. Trotz dieses Reichtums, den uns die Natur im heurigen Jahre beschert hat, sind in Graz und auch in den anderen Industrieorten Preise für Kirschen verlangt worden, die die Bevölkerung zur Ver-

zweiflung gebracht haben. Es war im vorigen Jahre der Kirschensegen nicht im entferntesten so groß wie im heurigen Jahre. Im vorigen Jahre sind Preise von 4 bis 6 K für das Kilogramm Kirschen verlangt worden. Heuer hat man in Graz und auch in den anderen Industrieorten Preise von 12, 14 und 16 K verlangt. Die Habgier derjenigen, die etwas an die Konsumenten abzugeben haben, kennt keine Grenzen. Sie gönnt den Kindern der Armen nicht einmal die Frühjahrsfreude, den Genuß einiger Kirschen.

Diese furchtbare Preistreiberei hat die Bevölkerung zur Verzweiflung gebracht und es ist ganz begreiflich, wenn in den letzten Tagen in Graz gegen diese furchtbare Höhe der Kirschenpreise demonstriert wurde. Es ist selbstverständlich, wenn sich die Bevölkerung gegen diese maßlose und unverschämte Ausbeutung zur Wehr setzt. Gegen diese Festsetzung der Kirschenpreise durch die Händler und Produzenten sind nun, von den Kleinbürgerlichen Leuten in Graz ausgehend, Demonstrationen inszeniert worden, vor allem von der Gruppe des Mittelstandes, unter Führung der Gräfin Jodtwitz. Alle diese reaktionären Elemente benutzen jeden Anlaß und jede Not der Bevölkerung, um daran ihr Süppchen zu kochen. Die Verzweiflung darben der Menschen wird dazu benutzt, um einen Wirbel, um neuerlich Unruhen hervorzurufen, ohne daß sich diese Elemente im geringsten über die Verantwortung im klaren sind, zu welchen Folgen derartige Dinge führen können. Daß die reaktionären Elemente sich sofort dieser Demonstration bemächtigten, geht daraus hervor, daß, während die Frauen auf den Plätzen gegen die Kirschenhändler demonstrierten, am Nachmittag während der allgemeinen Unruhe Studenten und Offiziere an der Spitze der Demonstration gezogen sind, um vor allem anderen vor dem Hause der organisierten Arbeiterschaft, vor dem Gebäude des „Arbeiterwille“ zu demonstrieren. Kein Blatt in Steiermark hat gegen die Verteuerung der Lebensmittel, gegen die maßlose Preistreiberei so entschieden Stellung genommen wie der „Arbeiterwille“. Im Kampf gegen die Preistreiberei ist auf niemanden ein Verlaß als auf die Arbeiter. Die genannten Elemente haben nun diesen Anlaß dazu benutzt, um vor dem Hause der Arbeiterschaft zu demonstrieren. Allerdings sind sie dort, da Sozialdemokraten human und menschlich denken, nur mit Sprißen vertrieben worden und man hat sie wieder zur Besonnenheit gebracht.

In der allgemeinen Unruhe, die die Stadt beherrschte, ist es nun zu außerordentlich bedauerlichen Vorfällen gekommen. Man hat die innere Stadt abgesperrt, weil nachmittags in der Annenstraße Plünderungen vorgekommen waren. Und wie das nun schon so bei Straßenabsperungen der Fall ist, drängen sich Neugierige dazu, sehr oft auch

Unbeteiligte, und es kommt zwischen der bewaffneten Macht und den Nachdrängenden zu Auseinandersetzungen. So ist es auch bei der Mürbrücke zu Auseinandersetzungen zwischen den dort postierten Gendarmen und der Volksmenge gekommen, und es ist im Verlaufe dieser Auseinandersetzung von der Schußwaffe in der furchterlichsten Weise Gebrauch gemacht worden. Zur Erhärtung, wie notwendig der Waffengebrauch gewesen sei, heißt es in den amtlichen Berichten, es sei von irgendwo der berühmte Schuß gefallen, worauf die Gendarmerie von der Waffe Gebrauch machen mußte. (*Ruf: Mit Maschinengewehren!*) Mit Maschinengewehren und Karabinern hat die Gendarmerie auf Arbeiter und auf Unbeteiligte geschossen und das Resultat ist, daß heute in Graz 12 Tote, 18 Schwerverletzte und viele Leichtverletzte zu verzeichnen sind. (*Hört! Hört!*) Von der Gendarmerie wurde niemand verletzt. Aber zwölf arbeitende Menschen — zum Großteil gehören die Opfer dieser wahnsinnigen Schießerei dem Arbeiterstande an —, zwölf arbeitende Menschen mußten den Wirbel, der da von den Reaktionsären herbeigeführt worden ist, mit dem Leben bezahlen. Man kann sich des Gedankens nicht erwehren, daß dieser Wirbel nur herbeigeführt worden ist, um in seinem Verlaufe auf die Arbeiter schießen zu können (*Widerspruch*) und damit die Republik in Mißkredit zu bringen. Die Toten sind zum großen Teil Arbeiter und Arbeiterinnen, eine Frau ist ja auch darunter.

Der Kommandant der Abteilung, der den Befehl zum Schießen gegeben hat, wird zu verantworten haben, ob der Waffengebrauch unter allen Umständen notwendig war. Die schon erwähnte Tatsache, daß kein Gendarm verletzt ist, läßt wohl den Schluß zu, daß der Befehl gegeben wurde, ohne daß absolut die Notwendigkeit dazu vorgelegen ist. Wir können uns bei dem reaktionären Geiste, der die Leitung der Gendarmerie in Steiermark erfüllt, des Gedankens nicht erwehren, daß man bei dieser Gelegenheit sein Mütchen an den Arbeitern kühlen wollte. Die steirische Gendarmerie hat einen Kommandanten namens Feinlich, ein Mann, der erfüllt ist von reaktionärer Gesinnung, der sich in der Öffentlichkeit und überall als Monarchist bekennet, dessen Sohn in der Lehar-Gruppe in Ungarn dient und der in der unverschämtesten Weise gegen die Funktionäre der Republik zu Felde gezogen ist. Es ist selbstverständlich, wenn die Leitung der Gendarmerie von einem derartigen Geiste erfüllt ist, daß dann auch der Unterkommandant, der Rittmeister Lichem, der diese Abteilung kommandierte, bei diesem Anlasse seiner wahren Gesinnung Ausdruck gegeben hat.

Diese Vorfälle sind für die Arbeiterschaft von Graz und für die steirische Arbeiterklasse unerträglich. Es muß diese Besetzung der Gendarmerie in Steiermark, es muß dieser reaktionäre Kommandant unter

allen Umständen beseitigt werden, weil wir es nicht mitansehen können, daß so ein Unterläufel über Tod und Leben der Arbeiter entscheidet. (*Zustimmung.*) Wir können unter gar keinen Umständen dulden, daß die Reaktionsäre in ihrer Wut auf Arbeiter schießen lassen, ohne daß dazu ein Anlaß vorhanden wäre.

Wir haben in Steiermark im Laufe der letzten Zeit viele Unruhen zu verzeichnen gehabt. Ich erinnere an die Schlacht, die Gossdorfer Bauern den Gendarmen geliefert haben, wo Gendarmen von Bauern entwaffnet, gefangen genommen und wie eine Herde einhergetrieben worden sind. Ich erinnere daran, daß in Feldbach die Bauern aus der Umgebung plünderten, daß im Verlauf dieser Exzesse in Feldbach Gendarmen schwer verletzt worden sind und auch ein Mitglied dieses hohen Hauses. Man hat bei diesem Anlasse von der Waffe keinen Gebrauch gemacht, man hat die Gendarmen zurückgezogen. Wir haben diese vernünftige Methode der Milde und Beruhigung als vollständig gerechtfertigt angesehen und würden nur wünschen, daß immer und bei allen Anlässen in der gleichen Weise vorgegangen wird. Die Gendarmerie hat in Feldbach den Auftrag erhalten, von der Waffe keinen Gebrauch zu machen. Wir fragen uns nun aber hier in der Nationalversammlung, ob der Befehl, den die Gendarmen in Feldbach erhalten hatten, nicht auch den Gendarmen in Graz zu geben gewesen wäre, daß auch in Graz nicht geschossen werden darf. (*Zustimmung.*) Arbeiterblut ist zumindestens so kostbar wie Bauernblut (*lebhafter Beifall*) und wir verwahren uns dagegen, daß man gegen die Arbeiter mit Maschinengewehren losgeht, während man gegen demonstrierende Bauern mit der sehr richtig angebrachten Methode der Milde und Beruhigung vorgeht. Wir sind dafür, daß die Methode, die gegen die Bauern in Gossdorf und Feldbach angewendet wurde, auch fernerhin in Geltung bleibe, wir verwahren uns aber dagegen, daß die städtische Bevölkerung anders behandelt wird.

Meine sehr Verehrten! Die Verwendung von Mordwaffen bei allen Anlässen ist von unserem Standpunkt aus von vornherein abzulehnen. Wir erwarten, daß diese bedauerlichen Vorfälle, die abermals zum Waffengebrauch geführt haben, wohl der letzte Anlaß, das letzte Beispiel einer so barbarischen Unterdrückung gewesen sind. Deshalb fordern wir von der Regierung, daß eine rücksichtslose Untersuchung gegen die Schuldtragenden eingeleitet wird, daß sie einer exemplarischen Bestrafung zugeführt werden, und wir erklären, daß in diesem Falle eine gemütlliche Erledigung unter gar keinen Umständen von uns geduldet werden wird. Der Rittmeister Lichem ist nach unserer Überzeugung sofort vom Dienste zu entfernen, ebenso der Gendarmerie-

kommandant von Steiermark, in dessen Geist und Sinn der Rittmeister Lichem handelte.

Die Gendarmen sind in Graz zur Assistenten gerufen worden. Es wird Sache der Erhebungen sein, festzustellen, ob die Heranziehung der Gendarmerie überhaupt notwendig gewesen ist, denn in den Abendstunden hat die Polizei und ein Teil der Arbeiterwehr die Ruhe aufrecht erhalten. Wäre es nicht möglich gewesen mit der Polizei den ganzen Wirbel zu beseitigen, ohne Gendarmerie heranzuziehen? Die Regierung muß bei diesem Anlasse alle Vorkehrungen treffen, damit dieses Unglück das letzte war, damit nicht wieder irgendwo Gendarmen herangezogen werden zur Unterdrückung irgend eines Wirbels und damit nicht wieder ein solches Blutbad entsteht. Nach unseren Informationen hat für den Waffengebrauch ein dringender Anlaß nicht bestanden. Es heißt in den Vorschriften für den Waffengebrauch der österreichischen Gendarmerie, und zwar im § 65 (*liest*):

„Bei Anwendung des Waffengebrauches muß jedoch der Gendarm in Erwägung ziehen, ob der Angreifer oder Renitent unbewaffnet oder ob und mit welchen Waffen er versehen ist und auf welche Art er sie gegen den Gendarmen anzuwenden beabsichtigt; dies muß auch den Gendarmen bestimmen, mit welcher Waffe er dem Angreifer mit Erfolg entgegenzutreten hat.“

War es notwendig, mit Maschinengewehren hineinzufeuern gegen Unbewaffnete?

An einer weiteren Stelle der Bestimmungen über den Waffengebrauch heißt es (*liest*):

„Sollte aber die Volksmenge mit Waffen oder mit die körperliche Sicherheit bedrohenden Werkzeugen oder Geräten zum Angriff gegen die Gendarmen vorgehen und diese dadurch in die äußerste Bedrängnis versetzt werden, so ist, wenn möglich nach vorausgegangener Ankündigung des Waffengebrauches, auf das reglementmäßige Kommando des Postenkommandanten von der Schußwaffe nach Punkt 112 und 115 des Exerzierreglements Gebrauch zu machen. Hierbei sind die Räufelstörer, Anführer oder die am meisten gefährlichen Renitenten ins Auge zu fassen, was der Kommandant beim Zielen noch besonders avivieren kann. Kinder, Weiber, Greise sollen auch bei solchen Gelegenheiten möglichst gespart werden.“

Schon aus diesen ganz kurzen Auszügen aus den Bestimmungen über den Waffengebrauch geht hervor, wie wenig eigentlich diese Bestimmungen gewürdigt worden sind. Schon aus diesem Grunde muß die Regierung die Schuldigen zur Verantwortung ziehen. Bei diesem Anlasse muß auch den Reaktionsären aus Graz und Umgebung erklärt werden, daß das fortwährende Spielen mit dem Feuer und das Entfachen derartiger Unruhen einmal einen verkehrten Ausgang nehmen könnte. Die

Arbeiter kennen die Herrschaften, die hinter diesen Erzessen stehen. Wir wissen, daß der Heimkehrerbund und vor allem andern die bewaffnete Heimwehr von Groisbach an diesem Wirbel beteiligt war, und fordern vor allem andern, daß die Heimwehr von Groisbach, die schon einmal mit Stahlhelmen ausgerüstet Graz erobern wollte, entwaffnet werde. Diejenigen, die da glauben, daß sich diese Unruhen letzten Endes gegen die Arbeiterklasse kehren werden, sollen zur Kenntnis nehmen, daß die Arbeiterklasse bereit ist, einen solchen Kampf aufzunehmen.

Eines aber noch zum Schlusse, hohes Haus! Wenn auch geplündert worden ist, wenn auch das Gesetz im Verlaufe dieser Unruhen verletzt worden ist, heiliger als eine geplünderte Auslage muß denn doch das Leben der Menschen sein! Der Krieg ist aus und die Staatsverwaltung und alle Organe, die für die Aufrechterhaltung der Ordnung zu sorgen haben, müssen zu den Mitteln der Kultur zurückkehren und dürfen nicht dulden, daß fortwährend Menschenleben aufs Spiel gesetzt werden. Wir verneigen uns vor den Opfern dieser furchtbaren Schießerei, verlangen strengste Untersuchung und Bestrafung der Schuldigen und werden nicht ruhen, ehe nicht die Schuldigen an diesem furchtbaren Blutvergießen ihre gerechte Strafe erduldet haben. (*Lebhafter Beifall.*)

Präsident: Zum Worte hat sich gemeldet der Herr Staatssekretär für Inneres; ich erteile ihm das Wort.

Staatssekretär für Inneres und Unterricht
Eidersch: Hohes Haus! In Beantwortung der soeben begründeten dringlichen Anfrage bitte ich, mir vorerst zu gestatten, daß ich den telephonisch eingelangten Bericht der Landesregierung über die beklagenswerten Vorgänge von gestern zur Berlesung bringe:

„Gestern vormittags fanden auf den Grazer Marktplätzen, besonders auf dem Jakominiplatz, Ausschreitungen wegen der zu hohen Kirchenpreise statt. Die Menge plünderte die Verkaufsstände und verteilte die Waren unter sich. Es kam auch zu Gewalttätigkeiten gegen die einschreitende Sicherheitswache.“

Gegen Mittag waren die Ausschreitungen nahezu beendet. In den Nachmittagsstunden wuchs die Zahl der Demonstranten wieder an, sie wurden auch aggressiver. Die Menge wurde von der Wache wiederholt zerstreut, sammelte sich jedoch immer wieder auf den Plätzen. Bemerkenswert ist, daß an den Ausschreitungen nachmittags zumeist jugendliche Personen teilnahmen. Die Menge wurde durch aufreizende Zurufe schließlich dazu gebracht, auch gegen Kaufleute und deren Geschäfte vorzugehen. Es wurden

in einem Kaufhause Kraft mehrere Spiegelscheiben zertrümmert. Die Sicherheitswache erwies sich als zu schwach, um alle Plätze und Gassen von den Demonstranten zu räumen.

Es rückte daher um 5 Uhr nachmittags über Weisung der Landesregierung Gendarmerie aus. Dieser gelang es, die innere Stadt von den Demonstranten zu räumen und abzusperren. Hierbei wurde ein Teil der Menge in die Amentstraße gedrängt, sie begann jedoch daselbst mit neuen Ausschreitungen; diese richteten sich insbesondere gegen die Besucher eines Gasthauses und gegen ein Kino; sie nahmen zum Teil einen judenfeindlichen Charakter an. Auch hier wurden wieder Schaufenster geplündert. Gegen Abend hatten die Gendarmerie und die ausgerückte Volkswehr die Aufgabe, die Menge, welche sich wieder gegen die innere Stadt vorschoben wollte, über die Mür in die Vorstadt zurückzudrängen.

Hierbei bewarfen die Demonstranten die Gendarmerie und die Soldaten mit Steinen und bedrohten sie mit Stöcken. Sie verhielten sich trotz wiederholter Mahnungen und eindringlicher Warnungen seitens der Kommandanten sehr aggressiv. Schließlich, als die Angriffe auf die Gendarmerie längere Zeit hindurch fort dauerten, gab deren Kommandant kurz vor sieben Uhr abends den Befehl zum Schießen."

Ich bemerke, daß in dem Berichte des Landesgendarmeriekommandos von einem Schuß aus den Fenstern des Hotels „Elephant“ die Rede ist. „Es sind bisher 7 Tote und 22 Schwerverwundete festgestellt."

Der Herr Abgeordnete Muchitsch hat eine größere Zahl von Toten angegeben. Ich muß mich darauf beschränken, dem hohen Hause jene Zahl bekanntzugeben, die mir nachmittags noch von der Landesregierung gemeldet wurde.

„Auch nachdem von der Schußwaffe Gebrauch gemacht worden war, zerstreute sich die Menge noch nicht, sondern sammelte sich in entsprechender Entfernung wieder an. Es kam sodann eine Deputation zur Landesregierung und verlangte den Abzug der Gendarmerie. Diesem Ansinnen wurde nicht Folge gegeben. Es wurde jedoch mit den Vertretern der Arbeiterschaft vereinbart, daß nach dem Abrücken der Gendarmerie den Sicherheitsdienst auf der Mürbrücke die Volkswehr und die Arbeiterwehr übernehmen werden. Durch das Zureden der Arbeiter- und Soldatenräte, die an der Deputation teilgenommen hatten, beruhigte sich die Menge allmählich und zerstreute sich zum größten Teile. Als gegen Mitternacht keine Störungen mehr zu befürchten waren, rückte die Gendarmerie in die Kaserne ein. Beim Polizeipräsidium war es zu einem Zwischenfall gekommen. Eine Deputation der Arbeiterschaft verlangte die Enthastung der

verhafteten Personen; diesem Verlangen wurde schließlich Folge gegeben, weil die Arbeiterschaft im Weigerungsfalle mit dem Abrücken der Arbeiterwehr drohte und erklärte, an der Wiederherstellung der Ordnung nicht mitwirken zu können. Eine Anzahl von Personen wurde später verhaftet, jedoch bis auf fünf, die sich noch in Haft befinden, freigelassen. Seit gestern abends haben sich die Unruhestörungen in Graz nicht mehr wiederholt."

Soweit der Bericht der Landesregierung. Die Ursache dieser Vorfälle war am gestrigen Vormittage eine Demonstration zum großen Teil bürgerlicher Frauen, die über die hohen Kirchengeldpreise erregt waren. Es muß festgestellt werden, daß die Obstpreise eine aufreizende Höhe haben (*Zustimmung*) und es wäre Pflicht der Produzenten, der Händler und der Marktbehörden darauf zu dringen, daß diesem absolut unerträglichen Übelstande ein Ende bereitet werde. Wenn die Städter auf das Land hinausgehen, sehen sie, daß die Bäume sich biegen und brechen von der Last des Segens, der heuer in bezug auf die Obsternte zu erwarten ist. Die Preise aber haben eine unschwingliche Höhe. An dieser Tatsache hat sich die Bewegung, die wir gestern in Graz zu beklagen hatten, entzündet.

Ich habe heute dem Zentraldirektor der Gendarmerie Dr. Gamp den Auftrag erteilt, sich unverzüglich nach Graz zu begeben und dort die Erhebungen zu pflegen. In der Hauptsache handelt es sich um die Feststellung, ob der Waffengebrauch eine unumgängliche Notwendigkeit war. Es muß die Arbeiterschaft und die städtische Bevölkerung unter allen Umständen darüber beruhigt werden, daß mit gleichem Maße gemessen wird (*Zustimmung*), daß gleichmäßig gegen alle Bevölkerungsschichten vorgegangen wird. Es muß der Verdacht beseitigt werden, als ob etwa bewaffnete Bauern vor dem Gesetz anders behandelt würden, als unbewaffnete städtische Demonstranten. Ich mache darauf aufmerksam, daß selbstverständlich Herr Zentraldirektor Dr. Gamp, soweit es sich um seinen disziplinarischen Wirkungskreis handelt, in meinem Auftrag alle Verfügungen treffen wird, die ihm nach Untersuchung der Sachlage geboten erscheinen werden.

Es ist jedoch festzustellen, daß die Untersuchung darüber, ob der Waffengebrauch notwendig, beziehungsweise den Gesetzen entsprechend war, den zuständigen Gerichten zusteht, so daß ich im disziplinarischen Wirkungskreis darüber erst befinden kann, wenn das Gericht gesprochen hat. Es werden aber selbstverständlich dem Gerichte alle jene Tatbestände mitgeteilt werden, die es in die Lage setzen, darüber urteilsmäßig zu befinden. Es ist im gegenwärtigen Stadium der Untersuchung nicht festzustellen, ob etwa bei dieser Bewegung politische Beweggründe mitgespielt haben. Wie ich mir schon

zu bemerken erlaubte, waren es bei Beginn des gestrigen Tages kleinbürgerliche Elemente, denen sich Jugendliche zugesellt haben. Man hat auch Offiziere und Studenten gesehen. Es wurde vor dem Gebäude des „Arbeiterwille“ demonstriert, es wurden judenfeindliche Rufe laut, selbstverständlich auch feindliche Rufe gegen die Regierung.

Eines ist mit Sicherheit festzustellen: daß die organisierte Arbeiterchaft an diesen Demonstrationen nicht teilgenommen hat. Ich muß, so lange das Gegenteil nicht erwiesen ist, die Annahme abweisen, als ob etwa die Gendarmerie ohne Not, ohne Überlegung, ohne zwingende Gründe von der Waffe Gebrauch gemacht hätte. Die Gendarmerie hat das Bestreben, sich mit der Bevölkerung gut zu verhalten. Sie ist verpflichtet, Verbrecher zu bekämpfen, keinesfalls aber friedliche Städter, auch wenn sie etwa, aufgeregt durch die Verhältnisse auf dem Gebiete unserer Wirtschaft und unserer Ernährung, demonstrieren sollten. Ich werde nicht ermangeln, die Ergebnisse der Untersuchung, die mit aller Strenge und mit der gebotenen Eile durchgeführt wird, dem hohen Hause mitzuteilen. Die Regierung beklagt die Ereignisse, deren Schauplatz gestern die Straßen und Plätze von Graz gewesen sind. Sie beklagt tief die Opfer, die gefallen sind. Darunter werden sicherlich wieder eine ganze Reihe von Personen sein, die als unbeteiligte Zuschauer zu Schaden gekommen sind und sie spricht den Angehörigen dieser Opfer ihr tiefstes Mitgefühl aus. Ich möchte bei diesem Anlasse neuerlich an die Parteien die dringende Bitte richten, im Verein mit der Regierung alles zu tun, um die Wiederholung solcher Vorfälle zu vermeiden. Ich will noch hinzufügen, daß ich, um von der Gendarmerie das Odium zu nehmen, als ob sie etwa ohne zwingende Notwendigkeit von der Waffe Gebrauch machen würde, die politischen Behörden anweisen werde, jedesmal bei einer größeren Gendarmerie- oder Militärassistenz diese Assistenz unter das Kommando eines erfahrenen politischen Beamten zu stellen. Ich hoffe, dadurch von vornherein den Verdacht auszuschließen, als ob etwa andere Erwägungen als die der absoluten Notwendigkeit für den Waffengebrauch maßgebend wären. Es werden sich natürlich bei allen Bemühungen, die wir an den Tag legen, den Waffengebrauch zu verhindern und Kriterien aufzustellen, subjektive Momente niemals ganz ausschalten lassen. Es wird immer von dem Takte, der Umsicht und dem Nervenkapital des kommandierenden Beamten der Gendarmerie oder des politischen Beamten abhängen, ob der Waffengebrauch noch vermieden werden kann.

Ich bitte also die Versicherung entgegenzunehmen, daß die Vorfälle restlos aufgeklärt werden. Sollte es Schuldige geben, so werden sie mit der notwendigen Strenge bestraft werden,

aber von Haus aus muß ich die Annahme, als ob es leichtfertigerweise zum Waffengebrauche gekommen wäre, ablehnen.

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich noch der Herr Abgeordnete Dr. Gürtler; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Alfred Gürtler: Hohes Haus! Es ist nichts gerechtfertigter als die dringliche Anfrage, die heute an die Regierung gerichtet wurde, und es wird kaum einen Politiker in diesem Hause geben, der gegen diese Anfrage auch nur das geringste einzuwenden hätte. Wenn sich derartige Unglücksfälle wie der in Graz ereignen, hat die Bevölkerung sicher ein Recht darauf, den Eindruck zu empfangen, daß alles vorgekehrt wird, um zu sanieren und gutzumachen, was zu sanieren und gutzumachen ist. Meine Ausführungen wenden sich daher nicht gegen die dringliche Anfrage, sondern nur gegen einige Worte, die bei der Begründung dieser dringlichen Anfrage von seiten eines steirischen Abgeordneten gefallen sind. Ich bin ein grundsätzlicher Gegner einer politischen Ausnutzung von Unglücksfällen und vermeide das grundsätzlich; aber daraus leite ich die Berechtigung ab, mich gegen die ganz unerhörte Unterstellung zu wenden, die der steirische Abgeordnete begangen hat, indem er sagte, daß diese Unruhen veranstaltet wurden, um eine Gelegenheit zu finden, auf Arbeiter schießen zu können. Nein, so stehen die Dinge doch wirklich nicht und ich glaube, daß bei etwas ruhigerer Überlegung — und an ruhiger Überlegung sollten wir es in diesem Hause alle nicht fehlen lassen — der sehr geehrte Herr Vorredner zu einer derartigen, nie zu beweisenden und nicht einmal zu rechtfertigenden Behauptung voraussichtlich nicht gekommen wäre. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß die Schuldigen zu bestrafen sind, aber ich meine, daß die Untersuchung vor allem festzustellen hat, wer diese Schuldigen sind, und der Objektivität, der Unparteilichkeit dieser Untersuchung sollte meines Erachtens das Parlament nicht vorgreifen. Die Unparteilichkeit dieser Untersuchung sollte nicht dadurch gefährdet werden, daß hier im Hause bereits ein Schuldspruch gefällt wird, bevor überhaupt eine Untersuchung stattgefunden hat, denn damit erreichen wir gerade das Gegenteil von dem, was wir erreichen wollen, wir schaffen damit keine Beruhigung, sondern Beunruhigung und Aufregung.

Zu den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs will ich nur die Feststellung machen, daß der Vorstand der Grazer Marktbehörde der Herr Stadtrat Ansofsky ist. (Bravo! Bravo!)

Präsident: Wünscht noch jemand das Wort? (Abgeordneter Dr. Otto Bauer: Ich bitte!) Herr Abgeordneter Dr. Bauer hat das Wort.

Abgeordneter Dr. Otto **Bauer**: Hohes Haus! Die Erklärung des Herrn Staatssekretärs für Inneres hat uns insoweit nicht befriedigt, als wir in ihr eine Mitteilung vermisst haben, die wir noch zu bekommen hoffen, nämlich die Mitteilung, daß alle die Herren, die mittelbar und unmittelbar verantwortlich sind für den Waffengebrauch der Gendarmerie in Graz am gestrigen Tage, vorläufig einmal vom Dienste suspendiert sind. Das scheint uns eine unerläßliche Notwendigkeit zu sein, eine Notwendigkeit schon deshalb, weil jene unbefangene Untersuchung, die wir wünschen, schwer wird geführt werden können, wenn die Gendarmen, die da einzufornehmen sind, in den Beschuldigten noch ihre Vorgesetzten zu fürchten haben. *(Rufe: Sehr richtig!)*

Hohes Haus! Ich habe schon einmal Gelegenheit gehabt, hier in diesem Hause auf die Verhältnisse gerade in der steirischen Gendarmerie aufmerksam zu machen. Wir haben seit Monaten Nachrichten bekommen, die uns sehr beunruhigt haben, Nachrichten darüber, daß ein Teil der Gendarmerieoffiziere in Graz bewußt eine durch und durch reaktionäre Politik macht und daß er die Gendarmerie in Verbindung mit manchen Kreisen außerhalb der Gendarmerie, und zwar nicht nur mit inländischen, sondern auch mit ausländischen Kreisen zu einem bewußt reaktionären Instrument auszugestalten sucht. Ich glaube nicht, daß das den Herren gelungen ist, ich bin vor allem überzeugt, daß, soweit die Mannschaft der Gendarmerie und auch ein Teil der Offiziere in Frage kommt, dies den Herren nicht gelungen ist. Aber wir kennen die Herren, die sich darum bemüht haben, und die gestrigen Vorgänge in Graz zeigen sehr anschaulich, daß die Gefahr, die in diesen Bemühungen steckt, nicht nur eine rein politische ist, sondern eine Gefahr für den ganzen Sicherheitsdienst, eine Gefahr unmittelbar für das Leben der Menschen. Ich möchte hier zur Illustrierung der Verhältnisse in der Gendarmerie nur eines anführen. Dieser Herr Lichem, der gestern kommandiert haben soll, ist derselbe Herr, der auch bei den bekannten Bauernunruhen in Steiermark kommandiert hat. Uns ist auf unsere Anfrage, wer da kommandiert hat und ob man einen hinreichend ruhigen, besonnenen und seiner Verantwortung sich bewußten Mann an diese schwere Stelle gestellt hat, gesagt worden, bedauerlicherweise sei dieser Herr hingestellt worden; er sei ein etwas nervöser, aufgeregter und selbstbewußter Herr und zu einer solchen Verwendung gerade nicht besonders geeignet. Ich muß konstatieren, daß derselbe Herr in Oststeiermark viel weniger nervös und aufgeregter war, sondern daß er dort so vernünftig gewesen ist — denn ich halte das für durchaus vernünftig —, sich sehr viel gefallen und nicht schießen zu lassen. *(Zustimmung.)*

Es ist aber sehr auffallend und charakteristisch, daß derselbe Mann sich an zwei Stellen so ver-

schieden verhält. Dazu kommt noch eines: Es ist hier so dargestellt worden, als ob vielleicht die Scheidung so wäre, daß man dem Landvolk gegenüber vorsichtig und vernünftig ist, während man der städtischen Bevölkerung gegenüber brutal ist. Ich konstatiere, daß auch eine solche Annahme unserer Informationen nicht entspricht, wir haben vielmehr die Information bekommen, daß man auch dem Landvolk gegenüber sehr unterscheidet und daß, während beispielsweise die Gendarmen, die bei den bekannten Requisitionen in Oststeiermark verwendet wurden, die zu dem bekannten Gefechte zwischen der Gendarmerie und den Bauern geführt haben, die ausdrückliche Instruktion gehabt haben, von der Waffe nicht Gebrauch zu machen — was ich für sehr vernünftig halte —, eine andere Gendarmerieabteilung, die bei Unruhen der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft intervenierte, die entgegengesetzte Instruktion gehabt hat. *(Hört!)* Das sind Nachrichten — und ich bitte den Herrn Staatssekretär des Innern, sorgfältig festzustellen zu lassen, ob in der Tat diese Instruktion gegeben wurde und vor allem, von wem sie gegeben worden ist, wer dafür verantwortlich ist —, das sind Informationen, die sorgfältig überprüft werden müssen, denn das wird . . . *(Zwischenrufe.)* Ich teile dem hohen Hause hier diese Informationen mit, ich würde das nicht tun, wie ich dem Herrn steirischen Abgeordneten, der mir einen Zwischenruf macht, versichern will, wenn ich diese Informationen nicht aus sehr guter Quelle hätte. Aber ich bitte, ich wünsche, daß diese Anklage, die ich hier auf Grund von Informationen erhebe, die uns aus Steiermark zugegangen sind, von den zuständigen Stellen sorgfältig erhoben werde. Wenn sich etwas Unwahres herausstellen sollte und der Herr Staatssekretär des Innern die Versicherung geben könnte, daß es unwahr ist, wird niemand froher sein als ich.

Vorläufig kann ich nur versichern, daß das unsere Informationen sind, daß sie aus guter Quelle stammen und daß die ganzen Vorgänge in Steiermark seit Monaten leider geeignet sind, diese Anwürfe, die gegen einzelne Personen in der steirischen Gendarmerie erhoben werden, sehr zu erhärten.

Hohes Haus! Der steirische Herr Abgeordnete, der unmittelbar vor mir gesprochen hat, hat getadelt, daß mein Freund Muchitsch diese bedauerlichen Vorfälle hier politisch auszunutzen versucht hätte. Ich muß diese Beschuldigung sehr zurückweisen; ich glaube, man kann über die blutigen Ereignisse gar nicht zurückhaltender sprechen, als Abgeordneter Muchitsch es getan hat. Ich glaube auch, daß der Herr Abgeordnete Muchitsch mißverstanden worden ist, wenn es etwa so gedeutet wurde, daß wir glaubten, es hätten irgendwelche reaktionären Kreise eigens diese Krawalle auf dem

Kirchenmarkt provoziert, um Gelegenheit zu haben, schießen zu lassen. So war es ja nicht gemeint. (*Ruf: Er hat es aber so gesagt!*) Ich werde mir erlauben, zu sagen, wie ich ihn verstanden habe. Daß diese Krawalle ganz elementar entstanden sind aus einer begreiflichen Erbitterung über den Wucher mit Kirichen, das hat der Herr Abgeordnete Muchitsch am Anfange seiner Rede ganz ausdrücklich festgestellt. Etwas ganz anderes ist der dann später von verschiedenen Kreisen gemachte Versuch, die bereits elementar aus einer berechtigten Erregung entstandenen Krawalle politisch auszunutzen. (*So ist es!*) Dafür liegen sehr starke Anhaltspunkte vor, meine Herren, daß das geschehen ist. Ich glaube nicht, daß jene Offiziere und Studenten, die da plötzlich in der Menge aufgetaucht sind, gerade wegen der Kirichenpreise so erregt gewesen sind. (*Sehr richtig!*) Ich glaube nicht, daß es sich diesen Herren, die versucht haben, die Menge vor das Gebäude des „Arbeiterwillen“ zu führen, um aus einem Krawall über die Kirichenpreise eine Kundgebung gegen die sozialdemokratische Partei zu machen, gerade nur um die Kirichen gehandelt hat. Es handelte sich da um ganz andere Dinge. Das war die politische Ausnutzung. Wir kennen sehr genau die Herren — nicht nur in Steiermark —, die meinen, jeden dieser Erregungszustände, die aus unserer wirtschaftlichen Notlage heraus immer wieder entstehen, für politische reaktionäre Zwecke auszunutzen zu können. (*So ist es!*), wir kennen die Herren sehr genau, die immer wieder diesen Versuch machen, und wir werden uns gegen solche Versuche zur Wehr zu setzen verstehen. Es wird nicht geduldet werden, daß diese Versuche weiter gemacht werden, einerseits mit dieser Ausnutzung der wirtschaftlichen Notlage in den Städten und andererseits mit einer ständigen militärischen Aufrüstung auf dem Lande draußen, wie sie erfolgt. (*Sehr richtig!*)

Der Herr Abgeordnete Muchitsch hat heute wieder auf die Beiruhigung hingewiesen, die das Vorhandensein bewaffneter bürgerlicher und bäuerlicher Heimwehren in der Nähe von Graz auf die Grazer Arbeiterschaft ausübt. (*Abgeordneter Dr. Alfred Gürtler: Was ist es mit der Arbeiterwehr!*) Die Arbeiterwehr, die wir in Graz haben, ist, wie der steirische Herr Abgeordnete weiß, ein Bestandteil der Volkswehr gewesen. (*Zwischenrufe.*) Sie wissen sehr genau, daß die Grazer Arbeiterwehr im Rahmen der Volkswehr organisiert gewesen ist. (*Staatssekretär Dr. Deutsch: Das ist das frühere Arbeiterhilfskorps!*) Ja, und einen anderen bewaffneten Arbeiterkörper als das Arbeiterhilfskorps, das ein Bestandteil der Volkswehr war, gibt es in Graz nicht. Im übrigen, wenn dort eine bewaffnete Arbeiterwehr bestünde, hätte man es sich vielleicht ersparen können, die Gendarmerie auf die Straße zu stellen, und zu der Schießerei wäre es nicht ge-

kommen. (*Zwischenrufe.*) Sie haben auch gesehen, daß im Moment, wo die Arbeiterwehr interveniert hat, ohne Waffengebrauch Ordnung gewesen ist. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Im übrigen will ich Ihnen folgendes zu dem Kapitel sagen, und nur das zu sagen war meine Absicht, das übrige ist nur durch Ihre Unterbrechungen hervorgerufen worden.

Sie verwahren sich gegen jede, selbst gegen eine unbewaffnete Arbeiterwehr, aber dann dürfen Sie bei den Bauern keine Heimwehren organisieren. (*Zustimmung.*) Rüstung auf der einen Seite und Nichtrüstung auf der anderen Seite ist unmöglich. Es wird entweder auf keiner Seite gerüstet werden oder auf beiden. (*Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen.*)

Hohes Haus! Zu diesen Bemerkungen bin ich durch die Verwahrung veranlaßt worden, die Herr Professor Gürtler gegenüber den Ausführungen meines Freundes Muchitsch gemacht hat. Ich möchte aber ausdrücklich feststellen, daß es uns im Augenblick nicht das wichtigste ist, die politischen Folgerungen aus den Vorfällen von Graz zu ziehen, sondern das wichtigste ist uns, daß wir mit größtem Nachdruck fordern, daß zunächst einmal die verantwortlichen Personen, die sich wegen der gestrigen Vorfälle zu verantworten haben werden, und deren Verschuldungsgrad durch die Disziplinaruntersuchung und die Gerichte festzustellen sein wird, zunächst vom Dienste suspendiert werden; weiter, daß wir verlangen, daß die Untersuchung mit größter Beschleunigung und Strenge durchgeführt werde und daß insbesondere jene politischen Einflüsse aus der steirischen Gendarmerie, aus dem Grazer Landesgendarmeriekommando entfernt werden, welche unseres Erachtens den Geist genährt haben, aus dem die gestrigen Vorfälle entstanden sind. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Präsident: Zum Worte hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Gimpl gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Gimpl: Hohe Nationalversammlung! Es ist meine Aufgabe, als Steirer hier nur einige aufklärende Worte zu sagen. Es wurde nämlich heute schon mehrere Male die Parallele Feldbach und Graz angezogen. Vor allem anderen muß ich bemerken, daß die steirische Landesregierung auch dort, wo Bauernunruhen ausgebrochen sind, alles darangesetzt hat, die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen. Es sitzen heute über 40 Bauern in Haft und harren ihrer Abstrafung. (*Ruf: Aber sie leben noch!*) Das ist ganz gewiß ein Zeichen, daß es die steirische Landesregierung an Energie und Tatkraft auch gegenüber der Bauernschaft, wenn sie zu Unruhen und Gewalttätigkeiten greift,

absolut nicht fehlen läßt. Denn wir stehen auf dem Standpunkt, daß jeder im Staate, der es versucht, irgendwie Unruhen nach rechts, Reaktion nach rechts oder auch Reaktion nach links hervorzurufen, unter allen Umständen zu bestrafen ist. Wer die Ruhe und Ordnung, ohne die das Leben im Staate und ein Aufbau unseres Staates nicht möglich ist, stört, muß energisch und exemplarisch zur Verantwortung gezogen werden.

Es ist hier der Zwischenruf gemacht worden, die Bauern leben. In Graz sind leider Gottes — wir müssen es auf das tiefste bedauern — einige Todesfälle vorgekommen.

Wie waren die Ereignisse in Feldbach? In Feldbach haben ebenfalls die Bauern eine bedrohliche Haltung gegenüber der Gendarmerie angenommen und die Gendarmerie war schon bereit, auf die Bauern zu schießen. Sie hatte bereits ihre Gewehre und das Maschinengewehr geladen. In diesem Moment hat sich der Landeshauptmannstellvertreter Dr. Mrher zwischen die Gendarmen und die anstürmenden Bauern geworfen, hat mit dem Hute abgewunken und auf seinen Befehl ist die Gendarmerie dann abgezogen. Es ist ihm durch seine Energie und Umsicht gelungen, die Bauern zu beruhigen und diese sind alsdann ruhig abgezogen. *(Rufe: Warum nicht in Graz?)* Ich werde schon darauf kommen. Alles auf einmal kann niemand sagen. Es fragt sich nun, ob nicht die Vertreter der Arbeiterschaft — und es ist hier gesagt worden, daß es hauptsächlich Arbeiter gewesen wären —, zum Beispiel der Landeshauptmannstellvertreter Bongratz imstande gewesen wäre, ebenfalls die Arbeiter und andererseits auch die Gendarmerie zu beruhigen, denn er ist genau so Landeshauptmannstellvertreter wie der Dr. Mrher und es ist die Frage, ob es ihm nicht auch möglich gewesen wäre, die Arbeiter zu beruhigen. *(Zwischenrufe.)* Das ist eben erst zu untersuchen und bevor das nicht geschehen ist, kann diese Parallele nicht aufgestellt werden; auf der einen Seite Bauern, die von ihrem Vertreter beruhigt werden, der auch die Gendarmerie beruhigt und auf der anderen Seite Arbeiter, die von ihrem Vertreter nicht beruhigt werden. *(Ruf: Es waren Bürgerliche!)* Der Herr Abgeordnete Muchitsch hat hier gesagt, daß Arbeiterblut geflossen ist, also waren es Arbeiter, und es wäre Pflicht der Arbeitervertreter gewesen, hier beruhigend einzugreifen. *(Zwischenrufe.)* Ich sage aber noch einmal: Wir müssen erst abwarten, wie hier schon zu wiederholten Malen gesagt worden ist, auf welcher Seite die Schuld liegt und wenn es sich herausstellt, daß die Gendarmerie hier unnötigerweise geschossen hat, daß sie unnötigerweise unschuldiges Blut vergossen hat, sind wir die ersten, die sagen, in diesem Falle ist sie zur Verantwortung zu ziehen.

Was die reaktionären Elemente in unserer Gendarmerie anbelangt, soviel ich weiß und soweit ich unsere Gendarmerie kenne sowie die Herren, die an ihrer Spitze stehen, ist mir bekannt, daß sie wohl von Anfang an seit dem Umsturz alles aufgebieten haben, um eine Reaktion von links, nämlich eine kommunistische Reaktion in Steiermark hintanzuhalten; das ist ihnen bis heute gelungen, das haben sie zum Teil mit großer Energie und mit großer Tatkraft durchgeführt und dafür ist ihnen ganz Steiermark und sollten ihnen auch die Arbeiter, die ruhigen und besonnenen Arbeiter, soweit sie nicht kommunistisch gesinnt sind, dankbar sein. *(Zwischenrufe.)* Ob in der Gendarmerie Leute sind, die, sagen wir es gerade heraus, monarchistisch gesinnt sind, fragt sich erst, ob das nicht wiederum ein Phantasiegebilde von Ihrer Seite ist *(Sehr richtig!)*, wie wir es schon so oft von Ihrer Seite erlebt haben; ich erinnere Sie nur an den bekannten Grubenhund. *(Heiterkeit.)* Das müßte erst untersucht werden. Wenn Sie es beweisen können, daß die steirische Gendarmerie es darauf abgesehen hat, vielleicht einen monarchistischen Putsch heraufzubeschwören, bitte, dann sollen diese Leute unnachsichtlich bestraft werden. Solange Sie aber nur Behauptungen aufstellen und sie nicht beweisen können, sollten Sie mit solchen Verdächtigungen unserer braven und tüchtigen Gendarmerie, die sich in Steiermark große Verdienste erworben hat, zurückhalten. Ich erinnere Sie auch daran, es hat im Staate Österreich nicht nur die Gendarmerie einmal geschossen und damals haben Sie keine so große Aufregung darüber gezeigt. *(Abgeordneter Dr. Otto Bauer: Das war ein anderer Fall!)* Es ist halt immer dasselbe: wenn es sich um Bauern handelt, ist es etwas anderes. *(Zwischenruf.)* Es ist nicht festgestellt, ob es nicht auch hier notwendig war. Gehen wir einmal von dem Standpunkt aus, daß die Schuld auf seiten der Gendarmerie lag. Wir sagen nun, die Sache muß untersucht werden und wenn es feststeht, daß die Schuld auf seiten der Gendarmerie lag, dann haben Sie ein Anrecht, sich aufzuregen. Bei der Volkswehr in Linz haben Sie sich nicht sofort aufgeregt, da sind Sie auf einem anderen Standpunkte gestanden. *(Abgeordneter Dr. Otto Bauer: Die Gendarmerie behauptet nicht, daß auf sie geschossen wurde!)* Sehr verehrter Herr Dr. Bauer, wenn Sie immer von der Reaktion und von reaktionären Elementen reden, erinnere ich Sie daran, daß die linksreaktionären Elemente, die Kommunisten, in Steiermark noch lange nicht ausgestorben sind. Dafür haben wir Beweise in der Hand, und daß sich die Bauernschaft, damit nicht solche kommunistische Putsche kommen, über die Sie sich vielleicht nicht so sehr aufregen würden wie über die Gendarmerie *(lebhafter Beifall)*, selbstverständlich vorbereitet, ist

doch klar, wenn man ihnen noch dazu immer sagt: Wir kommen zu euch, zünden euch die Häuser an, rauben eure Bauernhöfe aus. Sollen sich die Leute das ruhig gefallen lassen? (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*) Es fragt sich hierbei, meine sehr verehrten Herren, wer hat denn damit angefangen? (*Zwischenrufe.*) Wer hat zuerst gerüstet, waren es die Bauern oder waren es die Arbeiter? (*Lebhafte Zwischenrufe.* — Abgeordneter Regner: Die Bauern waren es! Die Bauern waren es, die zuerst geschossen haben!) Zuerst Beweise! (*Abgeordneter Hartmann: Erzählen Sie uns nichts, wir sind Steirer, wir wissen das, Sie wissen es gar nicht!* — *Lebhafte Zwischenrufe und Lärm.*)

Präsident (wiederholt das Glockenzeichen gebend): Ich muß den Herrn Abgeordneten Hartmann darauf aufmerksam machen — er kennt vielleicht als neu erschienenen Abgeordneten die Gebräuche des Hauses noch nicht —, daß, wenn der Präsident das Glockenzeichen gegeben hat, jeder Abgeordnete in schuldiger Rücksichtnahme seine Rufe und seine Rede zu unterbrechen hat.

Hohes Haus! Ich anerkenne gewiß, daß der Gegenstand, der uns beschäftigt, geeignet ist, Aufregungszustände auszulösen. Ich möchte aber doch bitten, die Würde des Hauses zu wahren. Es hat jeder Abgeordnete das Recht, selbst zu sprechen, es ist also nicht notwendig, daß wir uns in heftigen Zwischenrufen ergehen.

Abgeordneter Dr. Gimpl (fortfahrend): Ich gebe dem Herrn Abgeordneten Dr. Bauer vollständig recht, wenn er sagt, wir sind dafür und es wäre das Beste, daß auf beiden Seiten die Waffen verschwinden. Das wäre das Allerbeste. Ich kann aus meiner eigenen Erfahrung sprechen und aus der, die ich draußen in den Versammlungen gemacht habe. Ich habe immer alles daran gesetzt, die Bauern in jeder Hinsicht zu beruhigen, und ich weiß, alle meine Kollegen haben das gleiche getan. Wir haben die Bauern aufgefordert, ihre Pflicht gegenüber der Bevölkerung zu tun, abzuliefern, die hungrigen Mägen zu stopfen und in dieser schweren und harten Zeit alle Opfer zu ertragen. Gehen Sie hinaus und fragen Sie die Bauernschaft, ob wir nicht in dieser Weise gearbeitet haben. Wir sind unbedingt dafür: Waffenablieferung auf beiden Seiten, aber auch wirklich auf beiden Seiten. Andererseits aber nehme ich auch dem Abgeordneten Dr. Bauer das Wort aus dem Mund: Wenn Sie weiter rüsten und Arbeiterbataillone aufstellen, dann nicht! (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*) Nehmen Sie es uns nicht übel, wenn man gegen linksreaktionäre Putschversuche, gegen kommunistische Putschversuche den Versuch macht, für die Zukunft

gerüstet zu sein. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Präsident: Zum Worte hat sich noch der Herr Staatssekretär für Inneres gemeldet.

Staatssekretär für Inneres und Unterricht
Eldersch: Hohes Haus! Auf das Begehren des Herrn Abgeordneten Dr. Bauer nach Suspendierung der in Betracht kommenden Gendarmeriebeamten möchte ich folgendes erwidern: Ich habe mir schon erlaubt, mitzuteilen, daß ich dem Herrn Zentraldirektor der Gendarmerie Dr. Gamp den Auftrag gegeben habe, nach Graz zu reisen und dort Erhebungen zu pflegen, ob der Waffengebrauch notwendig war oder nicht. Herr Dr. Gamp hat alle Vollmachten von mir, etwa notwendig werdende disziplinäre Maßnahmen vorzunehmen. Da aber eine Suspendierung vom Dienste in einem solchen Falle zwingend nicht vorgeschrieben ist und ich mir über die Vorkommnisse am gestrigen Tage in Graz persönlich kein Urteil bilden kann, habe ich mich veranlaßt gesehen, diese Maßnahme zu treffen und den Herrn Dr. Gamp jene Vollmachten zu geben, die notwendig sind, um die Klarstellung dieser Angelegenheit mit aller Strenge und mit allem Nachdrucke durchzuführen.

Ich kann auch berichten, daß die Version, als ob in Feldbach — ich glaube, der Fall ist gemeint — ein vorgängiger Auftrag erteilt worden wäre, von der Waffe keinen Gebrauch zu machen, nicht zutreffend ist. Es wurde in den Berichten der politischen Behörden der Fall so dargestellt, daß die Gendarmerie von der Waffe Gebrauch machen wollte und in diesem Momente aus der Menge der Landeshauptmannstellvertreter Dr. Mhrer und der Landesgendarmeriekommandant hervorgebrochen sind, die gerade in diesem Moment dazu gekommen waren, und mit erhobenen Händen gerufen haben, es solle von der Waffe kein Gebrauch gemacht werden.

Des weiteren möchte ich das hohe Haus bitten, in allen Kreisen der Bevölkerung doch die Maßnahme vorzubereiten, die unumgänglich notwendig werden wird — nicht nur aus inneren, aber aus gewissen äußeren Gründen — die Entwaffnung der gesamten Bevölkerung. Denn wenn die Errichtung von Einwohnerwehren, die in einigen Ländern betrieben wird, nicht eingestellt und wenn nicht in diesem Punkte abgerüstet wird, dann wird es der Regierung schwer werden, die Forderung der Arbeiterschaft nach Bewaffnung abzulehnen.

Präsident: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Eine Abstimmung erfolgt nicht. Der Gegenstand ist also erledigt.

Wir kommen zur Tagesordnung. Erster Punkt ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Anträge der Abgeordneten Allina, Forstner, Hölzl, Ulrich und Genossen (590 der Beilagen) und der Abgeordneten Schönfleiner, Steinegger und Genossen (607 der Beilagen) auf Sicherung des Dienstverhältnisses der invaliden Staatsangestellten Österreichs. Als Grundlage der Debatte dient 839 der Beilagen. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Allina. Ich bitte ihn, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter **Allina**: Hohes Haus! Nach dem Zusammenbruche hat es die Nationalversammlung, der Staat, die ganze Gesellschaft als ihre oberste Aufgabe betrachtet, zunächst den Invaliden, den Opfern des Krieges, ihren Schutz angedeihen zu lassen. Wir haben ein Invalidenentschädigungsgesetz hier in der Nationalversammlung beschlossen, welches uns an die Spitze aller Kulturstaaten in diesem Belange gestellt hat. Auch sonst hat man in den privaten Betrieben darin gewetteifert, den Opfern des Krieges eine Existenz zu gewähren und ihnen das Fortkommen im Staate und in der Gesellschaft zu ermöglichen. Um so merkwürdiger mußte es berühren, wenn nunmehr in der Öffentlichkeit immer lautere Klagen aus dem Kreise der Staatsangestelltenschaft erhoben wurden, indem sie über Benachteiligung in ihrem Dienstverhältnisse und ihrem Fortkommen geklagt haben. Wir erachten es als eine Pflicht des Staates, in dieser Beziehung, in puncto Behandlung seiner Angestellten beispielgebend voranzugehen und insbesondere den privaten Arbeitgebern ein Beispiel zu geben, daß man in gewissen Fällen, wo es sich um die Versorgung von Invaliden handelt, auch auf seiten des Arbeitgebers ein Opfer bringen muß, um diesen Invaliden das Fortkommen und ihre Existenz in der Gesellschaft zu ermöglichen.

Unter der invaliden Staatsangestelltenschaft ist seit einer Reihe von Monaten eine immer tiefergreifende Bewegung bemerkbar, eine Beunruhigung, die aus dem Umstande hervorgeht, daß bei den Unterbehörden, welche zu den direkten Vorgesetzten dieser invaliden Staatsangestelltenschaft gehören, nicht jenes Maß von Rücksicht genommen wird, welches die invalide Staatsangestelltenschaft mit Fug und Recht für sich in Anspruch nehmen darf. Die invalide Staatsangestelltenschaft, welche sich zu einer Organisation zusammengeschlossen hat, hat es an Bemühungen nicht fehlen lassen, um nach allen diesen Richtungen hin Abhilfe zu schaffen, und die Akten, die sich diesbezüglich bei dieser Organisation angesammelt haben, türmen sich immer höher auf. Die invalide Staatsangestelltenschaft hat durch ihre Organisation in den diversen Staatsämtern, insbesondere im Staatsamte der Finanzen zu wiederholten Malen

interweniert. Der Staatssekretär für Finanzen hat ohne weiteres zugegeben, daß die Forderungen, die die invalide Staatsangestelltenschaft erhoben hat, im großen und ganzen sicherlich gerechtfertigt sind und hat gemeint, daß alles das, was hier für die invalide Staatsangestelltenschaft verlangt wird, sich aus Gründen der Menschlichkeit von selbst ergibt und es eigentlich zum Staunen ist, wenn diesbezüglich Rekrimationen erhoben werden müssen. Die Regierung ist auch bei den Verhandlungen im Finanz- und Budgetausschuß auf dem Standpunkte gestanden, daß alle diese Dinge, die in dem vorliegenden Antrage verlangt werden, eigentlich im Verwaltungswege zu beheben sind und daß es sich nur darum handeln würde, konkrete Beschwerden zu erheben, damit sie abgestellt werden können.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat sich mit dieser Anschauung des Vertreters der Regierung nicht befreunden können und konnte sich nicht der Anschauung anschließen, daß an Stelle der gesetzlichen Regelung schon die Durchführung auf administrativem Wege genügen könnte. Das bisherige Verhalten der Behörden im administrativen Verfahren hat gezeigt, daß es keineswegs in diesen Fragen so aussieht, wie sie die obersten Stellen im Staatsamte für Finanzen betrachten. Es wurde uns von der Organisation der invaliden Staatsangestellten Material zur Verfügung gestellt, aus dem wir ersehen konnten, daß sich zumindest die unteren Behörden keineswegs dessen bewußt sind, daß hier Verpflichtungen der Staatsverwaltung gegenüber den invaliden Staatsangestellten vorliegen. Es wurden uns Fälle von Entlassungen Kriegsbeschädigter aus dem Staatsdienste gemeldet, es wurde uns berichtet, und zwar durch Unterlagen gedeckt berichtet, daß sich invalide, kriegsbeschädigte Staatsangestellte schon sechs und sieben Jahre und darüber im provisorischen Dienstverhältnis befinden, deren Ansuchen um Verleihung des Definitivums ohne Rücksicht auf den Umstand, daß es sich hier um Kriegsbeschädigte handelt, ganz einfach abgewiesen wird. Aus der Fülle der Beschwerden, die diesbezüglich erhoben wurden und die so ziemlich alle Ressorts unserer Staatsverwaltung betreffen, geht hervor, daß tatsächlich überall solche Übergriffe vorkommen, daß es überall verantwortliche Funktionäre in den Unterbehörden gibt, die sich über den Umstand hinwegsetzen, daß kriegsbeschädigte Staatsangestellte eine gewisse Rücksichtnahme auf ihre durch die Invalidität bedingte mindere Dienstleistung mit Recht beanspruchen können. Die Beschwerden, die diesbezüglich erhoben wurden, beziehen sich, wie gesagt, auf alle Ressorts, auf alle Ämter. Die invalide Staatsangestelltenschaft ist dadurch begreiflicherweise in einer gewissen Sorge um ihre künftige Existenz. Ihre Befürchtung geht dahin, daß bei einer eventuellen Standesverringering die kriegsinvaliden Staats-

angestellten als erste Opfer derartiger Maßnahmen fallen könnten, und sie verlangen mit Recht gesetzliche Sicherungen gegenüber diesen Eventualitäten.

Alle diese Gründe und auch die Tatsache, daß aus dem bisherigen Verhalten zumindest der unteren Behörden nicht mit Sicherheit entnommen werden kann, daß die berechtigten Forderungen der invaliden Staatsangestelltenschaft auf administrativem Wege erfüllt werden, haben den Finanz- und Budgetausschuß veranlaßt, dem hohen Hause den Antrag vorzulegen, der in der Beilage 839 abgedruckt erscheint. Die Regierung wird in diesem Antrage aufgefordert, der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf vorzulegen, der diesen besonders angeführten Forderungen, und zwar werden 8 Punkte besonders angeführt, entspricht und sie in einer in den bestehenden Verwaltungsapparat einfügenden Form Berücksichtigung erfahren. Der Finanz- und Budgetausschuß bittet die hohe Nationalversammlung, diesen Antrag zum Beschluß zu erheben. Er fordert aber gleichzeitig die Regierung auf, diesen in der Form einer Resolution verlangten Gesetzen mehr Beachtung zuzuwenden als dies vielleicht in ähnlichen Fällen geschieht. Die Nationalversammlung rechnet darauf, dies ist im Finanz- und Budgetausschuß ganz klar zum Ausdruck gekommen, daß die Regierung der Aufforderung, wie sie in diesem Antrag niedergelegt ist, in allernächster Zeit nachkommt und daß der Nationalversammlung in der Form eines Sondergesetzes eine Vorlage zugeht, in welcher die berechtigten Belange der invaliden Staatsangestelltenschaft Berücksichtigung finden. In diesem Sinne bitte ich die hohe Nationalversammlung, dem Antrage des Finanz- und Budgetausschusses ihre Zustimmung zu erteilen.

Präsident Hauser (welcher während vorstehender Rede den Vorsitz übernommen hat): Ich eröffne die Debatte. Es ist niemand zum Worte gemeldet. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen Mitglieder, welche dem Antrage des Finanz- und Budgetausschusses zustimmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschlecht.) Angenommen. Damit ist dieser Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

Wir kommen zum zweiten Punkt der Tagesordnung, das ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Antrag der Abgeordneten Hollersbacher, Dr. Anton Maier, Littenberger, Röcher, Klug, Fischer und Genossen (832 der Beilagen), betreffend die Belieferung mit Salz (849 der Beilagen).

Ich bitte, da der Herr Berichterstatter Doktor Gürtler verhindert ist, den Obmann des Finanz- und Budgetausschusses, Abgeordneten Dr. Weiskirchner, den Bericht zu erstatten.

Berichterstatter Dr. Weiskirchner: Die Abgeordneten Hollersbacher und Genossen haben in der Nationalversammlung einen Antrag eingebracht, der sich damit beschäftigt, daß die Belieferung der Landwirtschaft mit Salz sehr mangelhaft vor sich geht und daß es insbesondere auch an Salz für die Viehhaltung vielfach mangelt. Dieser Antrag wurde dem Finanz- und Budgetausschuß zugewiesen. Derselbe hat sich mit dieser Angelegenheit eingehend befaßt und ist zu dem Entschlusse gekommen, dem hohen Hause zu empfehlen, folgenden Antrag zum Beschlusse zu erheben (liest):

„Die Regierung wird aufgefordert, unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit die Bevölkerung mit der nötigen Salzmenge versorgt wird.“

Präsident Hauser: Ich eröffne die Debatte. Zum Worte ist der Herr Abgeordnete Hollersbacher gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Hollersbacher: Hohes Haus! Als wir vor einigen Monaten unsere Zustimmung zur Salzpreiserhöhung gaben, taten wir es deshalb, um einerseits der Regierung die Möglichkeit zu bieten, die Salzproduktion zu erhöhen und andererseits der Regierung Einnahmequellen zu verschaffen und auch um die Salznot zu lindern. Die Bevölkerung hat es begriffen, daß die Salzpreiserhöhung notwendig war, daß ohne diese Erhöhung die Salzerzeugung vielleicht in Frage gestellt gewesen wäre. Die Bevölkerung kann es aber nicht begreifen, wie jetzt, nachdem die Salzpreise erhöht sind, die Salzversorgung in manchen Orten noch schlechter ist als früher, die Bevölkerung kann es nicht begreifen, daß die Regierung einem Produkte, welches im Inlande in genügender Menge vorhanden ist und erzeugt werden kann und von dem niemand mehr braucht als notwendig ist, keine größere Sorgfalt zuwendet, damit dieses Produkt auch in genügender Menge vorhanden ist. Die Bevölkerung kann es weiters nicht begreifen, daß den Viehzüchtern für ihr Vieh nicht das nötige Salz zur Verfügung gestellt wird. Bekanntlich ist an eine rationelle Viehzucht ohne das notwendige Salz absolut nicht zu denken. Die Bevölkerung kann schließlich auch nicht begreifen, daß das Staatsamt für Finanzen dem Salz ein so geringes Interesse entgegenbringt, da doch durch dieses Produkt der Regierung bedeutende Einnahmen zufließen könnten. Daß die Regierung dieser Sache eine zu geringe Sorgfalt oder vielleicht auch ein zu geringes Verständnis entgegenbringt, geht daraus hervor, daß sie eine Verordnung erlassen hat, wonach auf den Kopf der Bevölkerung pro Jahr nur acht Kilo-

gramm Salz entfallen sollen. Es ist vielleicht möglich, daß mit dieser Menge diejenigen ausreichen, die ihr Brot vom Bäcker holen und ihr Fleisch frisch vom Fleischhauer beziehen. Für die Landwirte aber, die das Brot für ihr Gefinde im eigenen Haushalte backen und das Fleisch durch das ganze Jahr einpökeln müssen, ist diese Menge vollständig unzureichend. Bekanntlich müssen die Landwirte auch für ihr Jungvieh, für die jungen Schweine und Kälber Kochsalz verwenden, denn die Abgabe von Viehsalz an diese jungen Tiere verursacht vielfach Durchfall und hierbei geht ein großer Prozentsatz der Tiere ein.

Daß die Regierung nicht das nötige Verständnis der Sache entgegenbringt, ist auch, wie schon erwähnt, daraus hervorzuheben, daß die Bevölkerung derzeit mit Viehsalz eigentlich gar nicht versorgt ist. Es ist doch bekannt, daß das Weidevieh bedeutende Salzmenge bekommen muß, da ohne Salzbeigabe Verdauungskrankheiten eintreten und viele Tiere eingehen. Aus diesen angeführten Gründen ist schon ersichtlich, daß es Pflicht der Regierung ist, der Salzversorgung die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Ich ersuche daher das hohe Haus, dem Antrage des Herrn Referenten die Zustimmung geben zu wollen. (Beifall.)

Präsident Hauser: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Hat der Herr Berichterstatter noch etwas zu bemerken?

Berichterstatter Dr. Weiskirchner: Ich kann in meinem Schlußworte nur der Erwartung Ausdruck geben, daß die Regierung den warmen Appell, welchen der Herr Abgeordnete Hollersbacher an sie gerichtet hat, sich zu Herzen nehmen wird. Es ist Tatsache, daß das Salz das notwendigste Lebensmittel für den Menschen ist, daß das Salz übrigens bei uns einen Preis erreicht hat, daß die Kopfsteuer, die eigentlich das Salzmonopol repräsentiert, auf eine bedeutende Höhe gewachsen ist, daß aber auch die Landwirtschaft für ihre Zwecke große Mengen an Salz benötigt und es daher Aufgabe der Regierung ist, in dieser Beziehung die nötigen Vorsorgen zu treffen. Ich rechne mit Sicherheit darauf, daß es sich die Regierung angelegen sein lassen wird, diesen Wunsch des hohen Hauses respektlos zur Erfüllung zu bringen und bitte um Annahme des Antrages des Finanz- und Budgetausschusses.

Präsident Hauser: Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen Mitglieder des hohen Hauses, welche dem Antrage des Finanz- und Budgetausschusses zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben (Geschicht.) Angenommen.

Nächster Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Vorlage der Staatsregierung (757 der Beilagen), betreffend die Schaffung einer Staatskommission für Rennangelegenheiten und einschlägige Buchfragen. (847 der Beilagen.)

Zu diesem Gegenstande ist vom Staatsamte für Land- und Forstwirtschaft der Herr Sektionschef Dr. Binder erschienen. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Buchinger. Ich bitte ihn, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Buchinger: Hohes Haus! Die Bedeutung der Rennen für unsere Pferde- und Zucht ist allgemein bekannt. Die Rennen sollen nicht nur eine Schaulust sein, sondern sie sollen in gewisser Beziehung nichts anderes bedeuten, als die Leistungsfähigkeit unserer Pferde- und Zucht vor Augen zu führen. Der Staat, die Länder und die Gemeinden sind in finanzieller Beziehung an dem Pferderennen interessiert. Im Jahre 1919 hat sich eine Kommission aus den Vertretern der interessierten Staatsämter gebildet, welche die verschiedenen Rennangelegenheiten einer Regelung zuführen sollten. Um dieser Kommission die entsprechende Grundlage, den entsprechenden Einfluß und ihre Autorität zu sichern, ist es notwendig, daß wir sie auf eine gesetzliche Basis stellen. In diese Kommission sollen vor allem Vertreter des Staates, der Länder und Gemeinden, dann Fachmänner und Delegierte der Rennvereine berufen werden. Die Hauptaufgabe dieser Staatskommission ist, unbeschadet der Aktionsfähigkeit der einzelnen Rennvereinigungen, kontrollierend, fördernd, unterstützend und richtunggebend einzugreifen und unter Wahrung der allgemeinen öffentlichen Interessen die Pferde- und Zucht lebensfähig zu erhalten. Im Ausschusse wurde dieses Gesetz einstimmig ohne Debatte angenommen und ich stelle daher namens des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft den Antrag (liest):

„Die Nationalversammlung wolle den angeschlossenen Gesetzentwurf zum Beschluß erheben.“ (Bravo!)

Präsident Hauser: Ich werde die General- und Spezialdebatte unter Einem durchführen. Es ist niemand zum Worte gemeldet. Ich bitte den Herrn Berichterstatter, die Spezialdebatte einzuleiten und die einzelnen Paragraphen vorzulesen.

Berichterstatter Buchinger (verliest die §§ 1, 2 und 3 sowie Titel und Eingang des Gesetzes aus 847 der Beilagen).

Präsident Hauser: Ich bitte diejenigen Mitglieder des hohen Hauses, welche diesem Gesetz samt Titel und Eingang zustimmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen.

Berichterstatler Buchinger: Ich beantrage die sofortige Bormahme der dritten Lesung.

Präsident Hauser: Der Herr Berichterstatler beantragt die sofortige Bormahme der dritten Lesung. Ich bitte diejenigen Mitglieder, die diesem Antrage des Herrn Berichterstatlers zustimmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Das ist die erforderliche Zweidrittelmajorität. Nun bitte ich diejenigen Mitglieder des hohen Hauses, welche dieses Gesetz auch in dritter Lesung annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)*

Das Gesetz über die Schaffung einer Staatskommission für Rennangelegenheiten und einschlägige Zuchtfragen *(gleichlautend mit 847 der Beilagen)* ist auch in dritter Lesung angenommen und damit dieser Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

Der vierte Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag Weigl, Höchtl, Buchinger, Diwald und Genossen *(616 der Beilagen)*, betreffend die Versorgung der Landwirtschaft mit künstlichen Düngemitteln *(810 der Beilagen)*.

Ich bitte den Herrn Berichterstatler Fördermayr, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatler Fördermayr: Hohe Nationalversammlung! Dem hohen Hause wurde bereits am 15. April ein Bericht des landwirtschaftlichen Ausschusses, betreffend Versorgung mit künstlichen Düngemitteln, vorgelegt. Da sich seit dieser Zeit die Verhältnisse in bezug auf die Versorgung mit künstlichen Düngemitteln sehr verändert haben, habe ich den heutigen Bericht diesen veränderten Verhältnissen entsprechend anzupassen.

Die größte Bedeutung des künstlichen Düngers für die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion wird heute allgemein anerkannt und braucht hierüber wohl kein weiteres Wort verloren zu werden. Die Böden Österreichs leiden ausnahmslos an Nährstoffmangel und dies kommt im Zurückgehen der Hektarerträge ganz deutlich zum Ausdruck. Da die Inlandsproduktion an künstlichem Dünger leider sehr gering ist, sind wir für die Beschaffung von künstlichen Düngemitteln beinahe ganz auf das Ausland angewiesen. Zwecks Beschaffung von Phosphatdünger haben bereits Verhandlungen mit

Frankreich stattgefunden und ist eine größere Menge Phosphatdünger für Österreich bereits sichergestellt.

Das Staatsamt für Finanzen wird zur Ermöglichung dieses Abschlusses, der nicht nur produktionsfördernd wirken, sondern auch dem Staate in Zukunft bedeutende Zahlungen an das Ausland für sonst einzuführendes Getreide ersparen wird, Kredite beizustellen haben, was, wie ich erfahren habe, bereits in Aussicht gestellt ist.

Der Bezug von Phosphatdünger ist aber nicht nur gesichert; es soll bereits eine größere Menge Superphosphat im Anrollen sein. Dasselbe wird in zwei Marken geliefert, und zwar 14- bis 18prozentiges Superphosphat. Der Preis wird sich auf rund 800 K Ioko Einbruchstation stellen und hängt von der Preisgestaltung der Fracht und sonstigen Regiekosten ab.

Frankreich macht die Belieferung mit Phosphatdünger von unserer Getreideablieferung abhängig und will hierdurch eine Entlastung der Entente in den Getreidebezüshen für uns erreichen. Soweit ich informiert bin, besteht die Absicht, den Landwirten das Superphosphat in einer günstigen Preisrelation zu überlassen, und vorerst für jeden Meterzentner von über das Kontingent aufgebrachtem Getreide zwei Meterzentner Superphosphat zuzuweisen. Solche Mehrlieferungen will man in erster Linie berücksichtigen, damit kann aber nicht gesagt werden, daß die Verteilung nur auf diese Weise erfolgen darf, denn es ist selbstverständlich, daß wir zuerst den Kunstdünger verwenden müssen, um dann größere Erträge zu bekommen und damit auch größere Mengen Getreide abliefern zu können.

Da Deutschland selbst großen Mangel an Phosphatdünger hat, kann von dort nichts bezogen werden. Phosphatdünger, und zwar Höhlendünger werden wir noch im Laufe dieses Monats im Inlande selbst aus eigenen Gruben-Höhlen in Versand bringen können. Während die im vorigen Herbst in den Verkehr gebrachten Höhlendüngermengen wegen deren niederen Prozentgehaltes und Beimengungen von Gestein usw. nicht befriedigten, dürfte der in der Drachenhöhle bei Mignitz gewonnene Höhlendünger, der 10 bis 12 Prozent Phosphat enthält und gut streufähig zubereitet ist, voll befriedigen. Der Preis des im Inlande gewonnenen Höhlendüngers stellt sich auf zirka 12 K für 1 Kilogrammprozent Phosphat.

Höhlendünger wird schon im Laufe dieses Monats im Ausmaße von sechs Waggons täglich gewonnen werden, so daß heuer noch zirka 1500 Waggons zur Verfügung stehen werden. Wenn man berücksichtigt, daß Phosphorsäure nur in sehr geringer Menge in unseren Böden vorhanden ist, der Stallmist selbst auch arm an diesem Nährstoff ist, so leuchtet es einem ohneweiters ein, daß eine

Erhöhung unserer Erntemengen nur dann möglich ist, wenn genügend phosphorsäurehaltige Düngemittel zur Verfügung stehen. Wir müssen bedenken, daß wir durch jeden Meterzentner Phosphatdünger einen Meterzentner Getreide mehr erzeugen und hierdurch die einzuführenden Getreidemengen wesentlich verringern. Ich werde später noch an der Hand einer genauen Berechnung nachweisen, wie günstig der Bezug von Kunstdünger auf die Hebung der Produktion und im Zusammenhang damit auf die gesamte Volkswirtschaft einwirkt.

Was die Versorgung mit Kali betrifft, so steht diese Sache günstiger. Deutschland hat uns schon lange 1000 Waggons, und zwar 800 Waggons Rainit und 200 Waggons 20prozentiges Kalisalz zugesichert, welche zu einem Teile schon angeliefert sind, und steht eine Überlassung weiterer Mengen von Kalidünger günstig gegenüber.

Es ist den Landwirten sehr zu empfehlen, schon jetzt für die Herbstsaat sich Kali zu sichern, da bis zum Herbst bedeutende Preiserhöhungen zu erwarten sind.

Von Deutschland erhalten wir vorherrschend Rainit und in kleinerem Verhältnis 20prozentiges Kalisalz, aber immer noch im besseren Verhältnis als anfangs zugesagt worden ist.

Neben den Pflanzennährstoffen, Phosphorsäure und Kali, brauchen wir aber auch dringend stickstoffhaltige Düngemittel, um einen vollen Erntertrag erreichen zu können. Da wir auch an diesem im Inlande nur sehr wenig erzeugen, sind wir auch diesbezüglich an das Ausland angewiesen.

Die Produktion an schwefelsaurem Ammoniak der Gaswerke Wien beträgt einige 100 Waggons und ist von den Kohlenzuschüben abhängig. Für den Herbst hat Deutschland bereits die Lieferung von Kalstickstoff zugesagt und es besteht die Hoffnung, daß wir später von dort auch mit Ammoniak beliefert werden.

Der Bedarf der Republik Österreich für die gesamte Anbaufläche beträgt unter Zugrundelegung einer jährlichen Düngung von 50 Kilogramm 40prozentigem Kalisalz, 200 Kilogramm Superphosphat oder Thomasmehl und 60 Kilogramm Stickstoffdünger pro Hektar, sowie unter Annahme einer von derzeit 600.000 Hektar auf 650.000 Hektar erhöhten Anbaufläche für Brotgetreide an Kalidüngemitteln 3250 Waggons à 100 Meterzentner 40prozentiges Kalidüngesalz oder die entsprechende Menge Rainit; an phosphorsäurehaltigen Düngemitteln 13.000 Waggons Thomasmehl oder Superphosphat oder die entsprechende Menge Rohphosphat; an Stickstoffdüngemitteln 3900 Waggons Stickstoffdünger, schwefelsaures Ammoniak, Chilisalpeter, Kalstickstoff, den Waggon zu 100 Meterzentner gerechnet.

Für den Kartoffelanbau werden unter Zugrundelegung einer erhöhten Anbaufläche von 150.000 Hektar für Kartoffeln und unter der Annahme, daß ein Drittel davon, 50.000 Hektar, gedüngt wird, benötigt: an Kalidüngemitteln 1000 Waggons, an phosphorsäurehaltigen Düngemitteln 1500 Waggons, an Stickstoffdüngemitteln 1000 Waggons zu 100 Meterzentner.

Welche Bedeutung der Einfuhr der für die inländische Landwirtschaft unerläßlichen Kunstdüngermengen sowohl vom allgemeinen wirtschaftlichen als auch vom staatsfinanziellen Standpunkte zukommt, kann aus den folgenden Ausführungen entnommen werden. Die derzeitige Anbaufläche in Österreich in bezug auf Brotgetreide, das ist Weizen, Roggen, Gerste, beträgt rund 600.000 Hektar; unter Zugrundelegung eines Hektardurchschnittes von 8,7 Meterzentner Körnern produziert die österreichische Landwirtschaft demnach jährlich 5,220.000 Millionen Meterzentner, das sind 52.200 Waggons Brotgetreide.

Der Bedarf Österreichs an Brotgetreide stellt sich wie folgt: Konsum unter der Zugrundelegung der derzeitigen Kopfquote 91.000 Waggons und für Saatgutbedarf 11.000 Waggons, zusammen 102.000 Waggons.

Nach Abzug der inländischen Gesamtproduktion von rund 52.200 Waggons verbleibt ein durch Importe zu deckender Fehlbetrag von 49.800 Waggons, der aus dem Auslande eingeführt werden muß. Bei Zugrundelegung eines Preises von mindestens 2500 K für 100 Kilogramm ausländischen Getreides müssen hierfür jährlich mindestens 12.450.000.000 K bezahlt werden.

Die Kosten für die aus dem Auslande zu beziehenden angeführten Düngemittelmengen würden bei dem derzeitigen schlechten Stande unserer Valuta auf österreichische Kronen betragen: 3250 Waggons 40prozentiges Kalisalz 32.500.000 K, 13.000 Waggons Superphosphat oder Thomasmehl 1.560.000.000 K, 3900 Waggons Stickstoffdünger 858.000.000 K, zusammen also 2.450.500.000 K.

Bei Annahme, daß bei der angegebenen Hektardüngung, also bei einer Volldüngung, eine Ertragssteigerung von rund fünf Meterzentner für das Hektar einreten würde, würde die angegebene Kunstdüngermenge 32.500 Waggons Brotgetreide erzeugen. Muß diese Menge aus dem Auslande bezogen werden, so müssen hierfür mindestens 8.125.000.000 K bezahlt werden. Wenn jedoch durch die Einfuhr der künstlichen Düngemittel die einheimische Produktion an Brotgetreide erhöht wird, werden jährlich rund 5.635.000.000 K erspart, mit welchem Betrage wir uns sonst an das Ausland verschulden müßten.

Diese Berechnung zeigt jedoch auch klar, daß der österreichischen Landwirtschaft, falls der Staat 5.635.000.000 K jährlich für Brotgetreideimporte

ersparen will, die Getreidepreise in jener Höhe bewilligt werden müssen, die den Kosten der die Produktionserhöhung bewirkenden Faktoren entspricht. Bei dem derzeitigen Stande der landwirtschaftlichen Produktion muß Österreich jährlich 49.800 Waggons Brotgetreide einführen. Bei dem Import von künstlichen Düngemitteln im angeführten Ausmaße würde der jährlich notwendige Brotgetreideimport auf 17.300 Waggons herabgedrückt und dem Staate eine jährliche Verschuldung von 5.635.000.000 K erspart bleiben.

Im Hinblick auf die hohen Bezugspreise für die ausländischen Düngemittel könnte jedoch der Landwirt, auch wenn die Getreidepreise entsprechend erhöht würden, den Kunstdünger nicht beziehen. Im Frieden stand die Preisrelation zwischen Kunstdünger und Getreide ungefähr wie eins zu drei. Diese Preisrelation müßte im allgemeinen beibehalten werden. Dieser Umstand erfordert, daß der Kunstdünger an die Landwirtschaft weit unter den Bezugs- und Gestehungskosten wird abgegeben werden müssen. Zu diesem Zwecke werden staatliche Subventionskredite notwendig sein, die sich allerdings durch die Ersparung an den Importen ausländischen Getreides erspart machen werden.

Wenn auch der Bezug von Kunstdüngemitteln in bessere Bahnen gelenkt ist, wird es doch notwendig sein, daß die Regierung der Errichtung eigener Kunstdüngerfabriken die größte Aufmerksamkeit widmet.

Der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft stellt daher den Antrag (*liest*):

„Die Nationalversammlung wolle beschließen:

Bei Anerkennung für die bisherigen Erfolge in bezug auf die Kunstdüngerbeschaffung wird die Regierung angefordert, auch weiterhin Sorge zu tragen, daß die erforderlichen Kunstdüngemittel in entsprechender Menge und zu annehmbaren Preisen zur Verfügung gestellt werden.“

(*Lebhafter Beifall.*)

Präsident Dr. Dinghofer (*der während vorstehender Rede den Vorsitz übernommen hat*): Zum Worte sind gemeldet pro die Herren Abgeordneten Diwald und Weigl. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Diwald das Wort.

Abgeordneter Diwald: Hohes Haus! Über die Kunstdüngerfrage, glaube ich, sind wir uns alle klar, nicht nur die Landwirte, sondern auch alle anderen. Daß wir in den letzten Jahren des Krieges

keinen Kunstdünger mehr bekommen haben, dafür ist ein Beweis, daß der Ertrag und insbesondere die Anbaufläche von Jahr zu Jahr zurückgeht. Wenn die Kunstdüngerfrage nicht in der kürzesten Zeit gelöst wird, muß die Landwirtschaft unbedingt zur Brache zurückkehren. Es ist schon heute mit der Brache angefangen worden. Die Hauptursache dafür, daß das Staatsamt keinen Kunstdünger heranbringt, liegt darin, daß alle Versuche an der Geldbeschaffung scheitern. Die dafür bestimmten Beträge sind verschwindend klein. Unsere Hauptdüngemittel sind Kainit und Thomasmehl, die wir ja näher haben.

Aber es scheitert alles an unseren Frachtsätzen. Heute sind die Frachtsätze so hoch, daß es unmöglich ist, Kunstdüngemittel zu beziehen. Für einen Waggon Kainit muß man 4000 K Fracht zahlen. Früher hat das 200 K gekostet. Das bringt alles um. Wenn die Eisenbahnverwaltung uns nicht begünstigt, ist es für das Staatsamt für Landwirtschaft unmöglich, uns den Kunstdünger zu beschaffen, den wir brauchen. Wir brauchen heute Kunstdünger in Massen. Wir haben in den ganzen Kriegsjahren weder für die Wiese noch für die Weide noch auch für Sommerfrüchte Kunstdünger verwendet. Heute kriegt man ja Kainit und Thomasmehl. Aber zu welchen Preisen und zu welchen Frachtsätzen! Dann kommt noch die böhmische Valuta und der ungeheure Kursunterschied dazu, da wir diese Düngemittel aus Böhmen beziehen. Dasselbe gilt von Deutschland. Schwefelsäure zu kaufen ist eine Unmöglichkeit. Da kommt ein Kilogramm viermal so hoch als heute für Korn geboten wird. Es muß aber geschaffen werden und dies ist nur dann möglich, wenn die Frachtsätze für Kunstdünger auf die früheren Preise herabgesetzt werden. Das nützt nichts, wenn die Staatsfinanzen für die Landwirtschaft etwas hergeben und es die Bahnen auf der anderen Seite wegnehmen. Das Staatsamt für Landwirtschaft wird unbedingt nicht in der Lage sein, uns Kunstdünger zu beschaffen. Wir müssen uns selbst Kunstdünger auf dem Markt beschaffen. Dann ist die Verteilung eine furchtbare. Man läßt einen Waggon Kunstdünger in jeder Gemeinde verteilen. Was hat man von den 100 Kilo, die auf einen kommen, wenn man es früher waggonweise bezogen hat?

Es gibt nur einen Weg. Die Kunstdüngerfrage kann nur gelöst werden, wenn eine Kunstdüngerfabrik auf landwirtschaftlicher Grundlage unter Mithilfe des Staates errichtet wird. Dazu würden sich unsere früheren Pulverfabriken am besten eignen. Wir haben eine Pulverfabrik in Bluman, wir haben eine Pulverfabrik in Moos-Bierbaum, welche hierzu vollständig geeignet wären. Es wären auch weit weniger Rohprodukte zur Einfuhr notwendig als an Kunstdünger eingeführt werden muß, und mit den Jahren wird die Sache immer besser werden. Heute haben wir Gelegenheit, solche Kunstdüngerfabriken

zu schaffen. Wir dürfen diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen und wir müssen verlangen, daß der Staat wenigstens einen Teil der Kosten zu ihrer Errichtung beisteht, wenn wir schon nicht auf die Errichtung von Fabriken auf Staatskosten rechnen können. Das ist der einzige Weg, auf dem die Kunstdüngerfrage in Österreich gelöst werden kann. (Beifall.)

Präsident Dr. Dinghofer: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Weigl.

Abgeordneter Weigl: Hohes Haus! Um den wirtschaftlichen Wiederaufbau unseres Staates erfolgreich beginnen zu können, muß in erster Linie die Ertragsfähigkeit unserer Landwirtschaft gesteigert werden, denn die Ernährungsfrage ist wohl für alle Berufsstände die wichtigste und dringendste. Noch nie ist bei uns der Wert der Landwirtschaft für den Fortbestand eines ganzen Volkes so allgemein zutage getreten als in diesen Zeiten der Ernährungskrise. Diese Zeit, in der von allen maßgebenden Faktoren die hohe volks- und staatswirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft endlich klar und deutlich erkannt worden ist, läßt wohl erhoffen, daß man diesem wichtigen Zweige unserer Volkswirtschaft endlich mehr Bedeutung zuwenden wird als es bisher der Fall war. Zu einer selbständigen wirtschaftlichen Existenz können wir natürlich nur durch eigene Produktion gelangen, denn auf die Dauer ist ein staatliches Leben durch fremde Hilfe doch undenkbar. Wollen wir das heutige Massenelend bannen, wollen wir, daß Deutschösterreich wenigstens in der nächsten Zeit einer allmählichen Genesung entgegengeht, dann ist es in allererster Linie notwendig, daß wir die Produktivität unserer landwirtschaftlichen Bodenfläche entsprechend heben. Es wurde bereits von meinen beiden Herren Vorrednern darauf hingewiesen, daß die Produktivität unserer landwirtschaftlichen Bodenfläche stark zurückgegangen ist.

Die Ursachen sind verschiedener Natur. Vor allem anderen war es die schlechte Bodenbearbeitung, die nur eine Folgeerscheinung des großen Mangels an menschlichen und tierischen Arbeitskräften war; ferner war es das schlechte Saatgut, welches den Landwirten zur Verfügung stand, in weiterer Folge die mangelhafte Bekämpfung der verschiedenen Kulturschädlinge infolge des vollständigen Fehlens der notwendigen Bekämpfungsmittel und nicht in letzter Linie die verunglückte staatliche Preispolitik, schließlich und endlich das Zwangswirtschaftssystem, die sogenannten Zentralen. Durch die verschiedenen Verordnungen, die damals herausgegeben worden sind, wurde die Produktion an allen Ecken und Enden gehemmt und gedrosselt. Die derzeitigen Preise und auch

die Preise, die noch bis heute bezahlt worden sind, stehen nicht im geringsten Verhältnis zu den tatsächlichen Herstellungskosten. Die hohen Preise der landwirtschaftlichen Produktions- und Betriebsmittel haben eine Intensivierung unserer Landwirtschaft ganz unmöglich gemacht. Es wäre viel vernünftiger gewesen, man hätte nicht nur unsere landwirtschaftlichen Produkte, sondern auch die Produktionsmittel einer staatlichen Bewirtschaftung unterzogen und hätte dadurch ein gewisses Verhältnis unter den Preisen hergestellt.

Eine Hauptursache des Produktionsrückganges ist auch in dem mangelhaften Nährstoffgehalt gelegen. Wir hätten viel zu wenig Dünger, in erster Linie Stalldünger, was darauf zurückzuführen ist, daß der Viehstand stark gelichtet und das Vieh schlechter ernährt wurde. Wenig Vieh, schlechte Fütterung, was ist die Folge? Wenig und schlechter Stalldünger. Das rächt sich jetzt bitter, unsere Felder sind ausgefaugt, sie sind erschöpft. Wir betreiben jetzt einen sogenannten Raubbau.

Aber nicht nur, daß wir zu wenig Stalldünger haben, wir haben auch viel zu wenig Kunstdünger. Da muß ich der früheren Regierung einen sehr harten Vorwurf machen, und zwar dahingehend, daß bezüglich der Kunstdüngemittel in keiner Weise Vorsorge getroffen worden ist, obwohl berufene Sachleute auf diese Gefahr aufmerksam gemacht haben. Aber es geschah gar nichts, im Gegenteil, die geringen Quantitäten, die noch vorhanden waren, hat man für Kriegszwecke beschlagnahmt.

Die Folgen des Rückganges der landwirtschaftlichen Produktion äußerten sich darin, daß unser Staat in immer größere finanzielle Unordnung gekommen ist, daß wir eine steigende Valutaentwertung hatten und dadurch in eine fortwährend steigende Teuerung gestürzt wurden. Die Verluste trägt selbstverständlich das ganze Volk. Es ist daher gewiß im Interesse der Allgemeinheit gelegen, wenn die Produktion unserer Landwirtschaft gesteigert wird, und notwendig, daß vom Staate diesbezüglich eine Beihilfe geleistet wird, wie dies zum Beispiel in der Tschecho-Slowakei der Fall ist, wo man für diesen Zweck zirka 500 Millionen tschechische Kronen zur Verfügung gestellt hat.

Ich muß auch bei dieser Gelegenheit konstatieren, daß ich vollkommen überzeugt bin, daß wir trotz der besten Intensivierung unserer Landwirtschaft infolge unserer Verstümmelung nicht imstande sein werden, den eigenen Bedarf durch die eigene Produktion zu decken. Das steht fest, aber es steht auch fest, daß wir gewiß in der Lage sind, wenn wir zur Intensivierung unserer Landwirtschaft übergehen werden, die jetzigen Erträge verdoppeln zu können.

Wenn wir den Landwirten Kunstdüngemittel in entsprechender Menge zuführen können, so sind wir in der Lage, mindestens um zirka 40.000 Waggons mehr Brotgetreide zu erzeugen. Wenn wir das auf den Weltmarktpreis umrechnen, so könnte unser Staat dadurch 6 bis 7 Milliarden Kronen, die man jetzt an das Ausland zahlen muß, ersparen. Ich weise darauf hin, daß es daher in erster Linie notwendig ist, daß von unserem Staate Knochphosphate eingeführt werden, die dann auf Kunstdünger verarbeitet werden sollen.

Ich habe in meinem Antrag auch darauf hingewiesen, daß Kunstdüngerfabriken errichtet werden sollen. Gerade der jetzige Zeitpunkt beweist uns wohl deutlich, wie notwendig es wäre, uns auch diesbezüglich auf eigene Füße zu stellen, damit wir vom Auslande unabhängig werden. Das ist aber auch in einer anderen Hinsicht von großer Wichtigkeit, weil wir dadurch Tausenden von Arbeitern neue Existenz- und Verdienstmöglichkeiten schaffen könnten.

Ich verweise auch auf die große Bedeutung des Hölhländüngers in Steiermark, wie bereits mein Herr Vorredner darauf hingewiesen hat, daß schon im heurigen Jahre der Hölhländler eine große Lücke auf dem Gebiete der Kunstdüngemittel ausfüllen wird. Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch die maßgebenden Stellen auf eine weitere sehr wichtige Frage aufmerksam machen. Das betrifft die Holzasche, die jetzt in allen größeren Städten mit Erfolg gesammelt werden könnte. Sie wäre nicht nur eine Nebeneinnahmequelle für die Städte, sondern sie ist auch ein wertvoller Kunstdünger. Da gerade in den letzten Jahren hauptsächlich mit Holz gebrannt worden ist, wäre es gewiß möglich, auf diese Weise große Quantitäten entsprechend guter Kunstdüngemittel der Landwirtschaft zuzuführen.

Ich glaube, schon durch meine kurzen Ausführungen bewiesen zu haben, daß der wichtigste Teil des landwirtschaftlichen Produktionsproblems das in dem vorliegenden Antrage aufgerollte Kunstdüngerproblem ist. Je rascher wir dieses Problem lösen, desto eher werden wir auch auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Erzeugung den richtigen Weg ins Freie finden und dadurch nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch erstarken. Deshalb bitte ich die hohe Nationalversammlung, diesem Antrage zuzustimmen. *(Lebhafter Beifall.)*

Präsident Dr. Dinghofer: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet; die Debatte ist geschlossen. Ich erteile das Schlußwort dem Herrn Berichterstatter.

Berichterstatter Küdermayr: Ich verzichte.

Präsident Dr. Dinghofer: Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort. Ich bitte die Plätze einzunehmen; wir kommen zur Abstimmung.

Ich ersuche diejenigen Frauen und Herren, welche dem Antrage des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschlecht.)* Der Antrag ist angenommen.

Wir schreiten zum Schlusse der Sitzung.

Ausschußmandate haben zurückgelegt die Herren Abgeordneten Rittinger als Mitglied der Untersuchungskommission für die Sachdemobilisierung, Dr. Bauer und Frau Tusch als Mitglieder des Komitees zur Überwachung der wirtschaftlichen Demobilisierung, Schönsteiner als Mitglied des Justizausschusses.

Sofern diese Abgeordneten weniger als vier Ausschüssen angehören, bedürfen sie zur angezeigten Mandatzurücklegung der Genehmigung des Hauses. Wenn keine Einwendung erhoben wird *(nach einer Pause)* — und dies ist nicht der Fall — nehme ich an, daß die Genehmigung erteilt ist.

Mit Zustimmung der Versammlung werde ich die erforderlichen Ersatzwahlen sofort vornehmen lassen und ersuche die Mitglieder, die Stimmzettel abzugeben. *(Nach Abgabe der Stimmzettel.)* Die Stimmenabgabe ist geschlossen, das Skrutinium wird unverweilt vorgenommen und sein Ergebnis bekanntgegeben werden.

Als nächste Sitzung schlage ich vor Donnerstags, den 10. Juni, 3 Uhr nachmittags, mit folgender Tagesordnung:

1. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung (753 der Beilagen), betreffend das Gesetz über das Zollrecht und das Zollverfahren (Zollgesetz) (860 der Beilagen).

2. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung (767 der Beilagen), betreffend das Gesetz über die Stellung und Bezüge der Professoren in den vom Staate erhaltenen Hebammenlehranstalten (861 der Beilagen).

Wird dagegen eine Einwendung erhoben? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall, es bleibt also bei meinem Vorschlage.

Die Wahl hat folgendes Resultat ergeben: Abgegeben wurden 68 Stimmzettel. Die absolute Stimmenmehrheit beträgt 35. Gewählt erscheinen

mit je 68 Stimmen die Herren Abgeordneten Schneidmadr und Hohenberg in das Komitee zur Überwachung der wirtschaftlichen Demobilisierung, der Herr Abgeordnete Heindl als Mitglied in den Justizausschuß und der Herr

Abgeordnete Dr. Schürff in die Untersuchungskommission für die Sachdemobilisierung. Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 5 Uhr 30 Minuten nachmittags.